

II. „Solidarność ist für uns auch ein Beispiel sozialistischer Demokratie“¹ – linke Polen-Hilfe um 1980/81

1. Erwartungsbrüche an der Wende zu den 1980er Jahren

Der Übergang von den 1970er zu den 1980er Jahren kommt zunehmend als eine Zeit tiefgreifender politischer, ökonomischer und kultureller Veränderungen in den Blick. Frank Bösch hat speziell das Jahr 1979 als Moment einer Verdichtung globaler „Umbrüche in die Gegenwart“ herausgehoben – markiert etwa von der Iranischen Revolution, dem zweiten Ölpreisschock und dem Amtsantritt Margaret Thatchers in Großbritannien.² Komplementär dazu existieren für die Bundesrepublik prominente Niedergangserzählungen: Das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ der SPD-geführten Bundesregierungen näherte sich seinem Ende,³ und das „rote Jahrzehnt“ der kommunistischen Kadergruppen, ihrerseits Produkte der 68er-Bewegung, klang nach dem „Deutschen Herbst“ endgültig aus.⁴ Gleichzeitig entstand mit den Grünen eine neue Parlamentspartei, die Teile der zerfallenden „Neuen Linken“ in sich aufnahm, auch wenn sie sich einer Rechts-Links-Kategorisierung anfangs zu entziehen suchte.⁵ So wie vieles dafür spricht, die Transformationen der westlichen Industriegesellschaften seit den 1970er Jahren⁶ in eine „krisenhafte Inkubationszeit“ vor 1989 und eine anschließende Phase beschleunigter Neoliberalisierung zu unterteilen,⁷ scheint zumindest in der bun-

¹ [o. V.:] Solidarität mit Solidarnosc, in: Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981, S. 5 f., hier S. 6 (Schreibweise im Original: „Solidarnosc ist für uns auch ein Beispiel sozialistischer Demokratie“).

² Frank Bösch: Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: ZF 9 (2012), Nr. 1, S. 8–32, hier S. 8 f.

³ Bernd Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011. Zur Kritik an Faulenbachs eng auf parteipolitische Aspekte fokussierte Perspektive vgl. etwa Jan Hansen: Rezension zu: Faulenbach, Bernd: Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, in: H-Soz-Kult, 03.01.2012, URL: <http://www.hsozkult.de/hfn/publicationreview/id/rezbuecher-17609> [15. 12. 2014].

⁴ Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001. Vgl. Koenens Schilderung seines Polen-Besuch 1981 als „Ende einer revolutionären Dienstreise“ (ebd., S. 13).

⁵ Vgl. Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

⁶ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2012.

⁷ Thomas Schlemmer: Der diskrete Charme der Unsicherheit. Einleitende Bemerkungen, in: ders./Morten Reitmayer (Hg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, S. 7–12, hier S. 11.

desrepublikanischen Geschichte die Wende zu den 1980er Jahren einen weiteren, vorgängigen Einschnitt zu markieren⁸ – nicht zuletzt für den linken Teil des politischen Spektrums, der hier in einer Scharnierzeit zu beobachten ist.⁹

Die Formierung der polnischen unabhängigen Gewerkschaft Solidarność liegt im Schnittfeld dieser bruchhaften Entwicklungen, mit denen sie gleichwohl – jenseits der internationalen Beziehungen¹⁰ – bislang kaum ins Verhältnis gesetzt wurde.¹¹ Sie selbst gewinnt rückblickend ihre Logik als einer der Höhepunkte jener antikomunistischen Protestwelle, die schließlich zum Ende des „real existierenden Sozialismus“ beitrug.¹² In dieser Sicht gehört die Gründung der Solidarność zur Vorgeschichte des Jahres 1989 (und damit der Gegenwart) und läutete das letzte Jahrzehnt kommunistischer Herrschaft in Europa ein. Von der Wahl des Solidarność-Politikers Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Regierungschef im Ostblock Mitte 1989 wird, trotz innerer Brüche, häufig ein Bogen bis zu den Streiks, die Polen im August 1980 erschütterten, und zur Formierung der Solidarność zurück geschlagen – unbeschadet der gewaltsamen Niederschlagung der Opposition durch die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 und des jahrelangen Verbots der unabhängigen Gewerkschaft.¹³

⁸ Zu den 1980er Jahren als eigenständige Phase der bundesrepublikanischen Geschichte vgl. Dietmar Süß/Meik Woyke: Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: AfS 52 (2012), S. 3–20, sowie die übrigen Beiträge des Bandes. Als Standardwerk zur alten Bundesrepublik in Helmut Kohls Regierungszeit vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006.

⁹ Für die Jahre nach dem „Deutschen Herbst“ als Scharnierzeit in der Geschichte der westdeutschen Linken vgl. Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979, Bielefeld 2012. März orientiert sich bei seiner Definition der Linken an den Selbstbezeichnungen und -verständnissen der Akteure und erfasst somit ein überwiegend jenseits der SPD liegendes Spektrum (vgl. ebd., S. 45 ff.). Seine übergeordnete Beobachtung kann jedoch als symptomatisch auch für eine breiter verstandene Linke gelten.

¹⁰ Auf diesem Gebiet werden die Afghanistan-Invasion der Sowjetunion, der NATO-Doppelbeschluss und die „Polen-Krise“ um Solidarność häufig als Signa eines „Zweiten Kalten Krieges“ zusammengefasst (vgl. etwa Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: dies. [Hg.]: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 7–29, hier S. 8). Faulenbach (Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 698) spricht von den polnischen Ereignissen in Kombination mit dem amerikanischen Abrücken von der Entspannung nach dem sowjetischen Afghanistan-Einmarsch als einer „Doppelkrise“.

¹¹ Bösch (Umbrüche in die Gegenwart, S. 8) erwähnt allerdings den Papst-Besuch in Polen 1979 als zusammengehörig mit der späteren Oppositionsbewegung und bettet Solidarność insofern in die globalen Wandlungen an der Wende zu den 1980er Jahren ein.

¹² Vgl. Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 35 f.

¹³ Zur Ereignisgeschichte der unabhängigen Gewerkschaft und zu den 1980er Jahren als „Jahrzehnt der Solidarność“ vgl. Włodzimierz Borodziej: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 360 ff., sowie ausführlich Hartmut Kühn: Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990, Berlin 1999. Als innere Brüche der umrissenen Entwicklung nennen beide Autoren vor allem das Verbot und die Wiederzulassung der Soli-

Dieses Narrativ ist fest etabliert und vielfach ausführlich begründet worden, so dass es hier nicht weiter besprochen werden muss. Es interessiert stattdessen ein anderer Punkt, der dieses Narrativ ergänzen kann. Kehrt man nämlich die Blickrichtung um und fragt nach den zeitgenössischen Perzeptionen und Erwartungen am Beginn der 1980er Jahre, so scheint die Bedeutung der *Solidarność* zunächst weniger klar gewesen zu sein. Im Gegenteil scheint die Entstehung der polnischen Gewerkschaftsbewegung in hohem Maße irritierend auf die Zeitgenossen gewirkt zu haben. Nicht nur konnte sich vor 1989 – zumal im Westen – kaum jemand einen Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ vorstellen.¹⁴ Sondern auch bei der Einschätzung der polnischen Ereignisse waren die Beobachter offenbar sehr viel unentschiedener.¹⁵ Dies lassen bereits jene beiden Monografien vermuten, die Ilko-Sascha Kowalczyk zufolge die deutsche *Solidarność*-Perzeption in den 1980er Jahren prägten.¹⁶ Beide zeichneten ein ambivalentes Bild der unabhängigen Gewerkschaft: Der britische Historiker und Osteuropa-Kenner Timothy Garton Ash unterstrich die weltanschauliche Heterogenität der *Solidarność* und charakterisierte ihr Programm als eklektizistisches „conservative-socialist-liberal manifesto“ – sozialistisch (und christlich) in wirtschaftlichen und sozialen Belangen, liberal im Blick auf politische Demokratie und konservativ bei kulturellen Themen.¹⁷ Was die Frage der Eigentumsordnung und die von *Solidarność* angestrebte Arbeiterselbstverwaltung betrifft, sah Garton Ash gar eine dezidiert sozialistische Tendenz: „the majority was still for ‘social ownership of the means of production’. But they restored to this socialist principle a literal meaning: ‘social ownership’, they said, means ‘ownership by society’, not ownership by the socialist state; and we are society.”¹⁸ Auch der polnische Historiker Jerzy Holzer, Dissident und Autor der zweiten frühen Monografie zum Thema, erwähnte zwar die nationalen und katholischen Züge der Oppositionsbewegung, deutete die unabhängige Gewerkschaft jedoch als programmatisch links stehend. Obschon der Sozialismusbegriff im *Solidarność*-Programm gefehlt habe, sei eine „wirkliche Vergesell-

darność, zumal letztere als Ausdruck einer Autoritätskrise der PVAP im Zuge der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen in der polnischen Wirtschaft zu sehen ist.

¹⁴ Vgl. hierzu etwa Wirsching, *Der Preis der Freiheit*, S. 27.

¹⁵ Dass Anfang der 1980er Jahre das Ende des „real existierenden Sozialismus“ nicht voraussehbar war, konstatieren selbst Akteure, die für sich reklamieren, im Kontext der *Solidarność* bereits Anfang der 1980er Jahre ein „gewisses Sensorium für die bevorstehenden Umwälzungen im sowjetischen Machtbereich“ entwickelt zu haben – so etwa Gerd Koenen (*Die APO, ihre Erben und die DDR*, in: Joachim Veen/Ulrich Mähler/Peter März [Hg.]: *Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989*, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 129–138, hier S. 137; ders.: *Zeitsprünge, Gedankensprünge. Betrachtungen zur Weltgeschichte der letzten dreißig Jahre. Aus Anlass des Abschieds von der „Kommune“*, in: *Kommune* 30 [2012], Nr. 6, S. 142–149, hier S. 142 f.)

¹⁶ Ilko-Sascha Kowalczyk: Rezension zu: Kühn, Hartmut: *Das Jahrzehnt der Solidarność. Die politische Geschichte Polens 1980–1990*, Berlin 1999, in: *H-Soz-Kult*, 02.03.2000, URL: <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-218> [08. 11. 2014].

¹⁷ Timothy Garton Ash: *Solidarity. The Polish Revolution*, New York 1984, S. 231.

¹⁸ Ebd., S. 227.

schaftung des Verwaltungs- und Wirtschaftssystems“ gefordert und ausdrücklich an die „Traditionen der Arbeiterschaft und der Demokratie in der Arbeitswelt“ angeschlossen worden. „Ganz offensichtlich ging es [...] um die Arbeiter- und Demokratietraditionen der Jahrzehnte der sozialistischen Bewegung Polens, besonders der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften“, so die zeitnahe Einschätzung Holzers.¹⁹ Insbesondere die Vorstellungen von einer Selbstverwalteten Republik seien zwar „weit über die Spielregeln des ‚real existierenden Sozialismus‘“ hinausgegangen, „wichen aber auch von den Regeln der westlichen kapitalistischen Systeme ab“.²⁰

Die bereits zeitgenössisch konstatierte Ambivalenz der unabhängigen Gewerkschaft beschäftigt auch die heutige Forschung noch. So bemerkt der polnische Historiker Włodzimierz Borodziej, die frühe Solidarność sei „zugleich sozialistisch, sozialdemokratisch und katholisch, fundamentalistisch und reformorientiert, Gewerkschaft und nationale Partei, antikommunistische Protestbewegung, Debatteklub und institutionalisierte Bürgergesellschaft“ gewesen, weshalb sie sich selbst im Abstand von mehreren Jahrzehnten „einer eindeutigen Zuordnung“ entziehe.²¹ Hartmut Kühns Standardwerk vermittelt ebenfalls ein ambivalentes Bild der unabhängigen Gewerkschaft, und seine Ausführungen illustrieren insbesondere die Brüche in deren Geschichte – deuten sie doch verschiedentlich darauf hin, dass keineswegs selbstverständlich von „der“ Solidarność im Singular gesprochen werden kann, sondern dass nach langem Verbot 1988/89 eine in Vielem ganz andere Organisation, wenn auch unter gleichem Namen und teils mit demselben Personal, die politische Bühne betrat.²² Der frühen, „ersten“ Solidarność hat indes aus wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive Joachim von Puttkammer eine „genuin reformsozialistische Tendenz“ attestiert (die sogar das Kriegsrecht überdauert und Eingang in frühe Reformmaßnahmen des Regimes gefunden habe)²³ – wenig passend scheinbar zu den nationalkatholischen Zügen der Gewerkschaftsbewegung. Indes konstatiert Geoff Eley eine Differenz zwischen Sprache und Symbolik auf der einen sowie Wertorientierung auf der anderen Seite: „Many Solidarity Militants gave practical expression to socialist values. Yet the language, legacies, and iconography of socialism were missing from the Solidarity’s self-representations, because Communist rule had delegitimized socialism as an available political language.“²⁴ Auch James Mark und Tobias Rupprecht betonen die Orientierung

¹⁹ Jerzy Holzer: „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985 [zuerst auf Polnisch illegal Warschau 1983], S. 337.

²⁰ Ebd., S. 338.

²¹ Borodziej, Geschichte Polens, S. 365.

²² Vgl. Kühn, Das Jahrzehnt der Solidarność, insbesondere S. 364 ff.

²³ Johannes von Puttkammer: Der schwere Abschied vom Volkseigentum. Wirtschaftliche Reformdebatten in Polen und Ostmitteleuropa in den 1980er Jahren, in: Norbert Frei/Dietmar Süß (Hg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 158–183, hier S. 162.

²⁴ Geoff Eley: Forging Democracy. The History of the Left in Europe, 1850–2000, Oxford 2002, S. 435.

der frühen Solidarność an Arbeiterrechten, und einem „alternative democratic socialism“.²⁵

Angesichts dieser bleibenden Ambivalenz kann es kaum verwundern, dass die politischen Beobachter 1980/81 stark divergierende Bilder und Vorstellungen von Solidarność entwickelten. „The astonishment in the West knew no bounds“, lautete die zeitnahe Feststellung Timothy Garton Ashs. „[W]estern viewers tried to adjust their mental sets to accomodate Solidarity into the categories of ‘East–West’, ‘socialism’ v. ‘capitalism’, Left and Right” – Kategorien, denen sich die unabhängige Gewerkschaft jedoch garade entzog. Entsprechend ergaben sich laut Garton Ash völlig gegensätzliche Interpretationen: „The Right, without a good word for trades unions at home, celebrated the Poles’ heroic struggle against the tyranny of ‘socialism’; the Left, the workers’ heroic struggle for a ‘true’ socialism. Each side projected its own fantasies on to that far-away country about which so little was known.“²⁶ Garton Ashs Rede von „fantasies“ deutet an, dass hierbei divergierende Erwartungen von Bedeutung waren. Zugleich weist sie darauf hin, dass existierende Erwartungen sich als wenig adäquat erwiesen und stattdessen von der Realität der polnischen Entwicklung gebrochen wurden. Dem soll im Folgenden nachgegangen werden.

Wissenschaftliches Erwartungsmanagement

Will man sich diesem Erwartungsbruch und dem Umgang der Akteure mit ihm nähern, so lohnt zunächst ein Blick auf das Erwartungsmanagement des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst). Die in Köln angesiedelte Einrichtung beschäftigte Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen und beriet unter anderem die Bundesregierung, wobei ca. 90 Prozent der Expertisen auch publiziert wurden.²⁷ Zu Polen legte das BIOst in den Jahren 1980 bis 1982 mehrere Sonderveröffentlichungen vor und führte zwei Tagungen durch.²⁸ Die erste der Veranstaltungen fand unmittelbar nach der Streikwelle vom August 1980 statt, aus der die Solidarność hervorging. Die Ergebnisse wurden ab Mitte September veröffentlicht und von zahlreichen Tageszeitungen abgedruckt.²⁹ Bemerkenswert sind die Diagnosen und Prognosen, zu denen die Experten des Bundesinstituts nach den Streikereignissen gelangten.

²⁵ James Mark/Tobias Rupprecht: Europe’s “1989” in Global Context, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 224–249, hier S. 232.

²⁶ Garton Ash, Solidarity, S. 307.

²⁷ Vgl. hierzu (wie zum BIOst und zu seiner Geschichte insgesamt) Heinz Brahm: Drehscheibe der Osteuropaforschung. Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, in: Osteuropa 55 (2005), Nr. 12, S. 163–175, hier S. 172 f.

²⁸ Vgl. Dieter Bingen: Vorwort des Herausgebers, in: ders. (Hg.): Polen 1980–1984, Baden-Baden 1985, S. 9–12, hier S. 10.

²⁹ Vgl. Heinrich Vogel, [Vorbemerkungen,] in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklungen nach den Streiks (Sonderveröffentlichung des BIOst, November 1980), Köln 1980, o. P.

Der BIOst-Experte Heinz Timmermann sah Polen in der „schwerste[n] Krise seit 1956“,³⁰ erblickte jedoch in der Einigung zwischen den Arbeitern und der polnischen Führung einen „historische[n] Durchbruch“. ³¹ In den Forderungen der Streikenden erkannten er und seine Kollegen wesentliche Elemente eines Programms wieder, das der polnische Gesprächskreis Doświadczenie i Przyszłość (Erfahrung und Zukunft, kurz DiP)³² entwickelt hatte. Dieser Kreis war zwei Jahre zuvor von Parteilosen und Parteimitgliedern gegründet worden und hatte inzwischen mehrere Befragungen unter Intellektuellen und Vertretern der „Intelligenz“ durchgeführt. Die Ergebnisse, die sich vielfach mit den Forderungen der Arbeiter zu decken schienen, bilanzierte Timmermann als äußerst moderat: „Wichtig ist, daß in dieser Konzeption deutlich unterschieden wird zwischen dem sozialen System des ‚Sozialismus‘ als solchem, das nicht in Frage gestellt wird, und der sich darüber wölbenden tatsächlichen Machtstruktur, die demokratisiert werden soll – nicht gegen die kommunistische Partei, sondern mit ihr.“ Genau hierin bestand laut Timmermann Übereinstimmung mit den Forderungen der Streikenden: „Auch die Arbeiter stellen das soziale System nicht in Frage“, diagnostizierte er, wenngleich sie die Gewährleistung des Streikrechts und die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften forderten.³³

Timmermanns Einschätzung kann als Beispiel für eine Grundlinie betrachtet werden, von der die Experten des BIOst in den folgenden zwei Jahren nicht wesentlich abwichen. Auf dieser Grundlinie erschien die Solidarność-Bewegung nicht als Attacke auf die herrschende Partei oder auf den hegemonialen Anspruch der Sowjetunion, sondern als Kampf für demokratische Rechte und wirtschaftliche Verbesserungen *innerhalb* des gegebenen Systems. Zwar schätzten die Experten die Chancen für politische und wirtschaftliche Veränderungen in Polen durchaus zurückhaltend ein.³⁴ Gründe hierfür waren die desolote ökonomische Situation und die Grenzen nationaler Handlungsspielräume, die von den Inte-

³⁰ Heinz Timmermann: Reformkommunisten in West und Ost. Konzeptionen, Querverbindungen und Perspektiven (Berichte des BIOst 31/1980), Köln 1980, S. 19.

³¹ Ebd., S. 21.

³² Zur Rolle des DiP vgl. Detlef Preuß: Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion, Wiesbaden 2014, S. 177 f. u. 206; Helga Hirsch: Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976–1980, München 1985, S. 99 ff.

³³ Timmermann, Reformkommunisten, S. 20 f. Die Nähe zwischen den Forderungen der Arbeiter und des Kreises DiP betonte auch Dieter Bingen (Die offene Krise der Macht, in: Polen im Sommer 1981. Neue Analysen zu innen- und außenpolitischen Problemen [Sonderveröffentlichung des BIOst, August 1981], S. 1–8, hier S. 3 f., Hervorhebung im Original).

³⁴ So meinte Fred Oldenburg (Krisen in Polen von 1956 bis 1980 – Die Konstanten in den Forderungen der Arbeiter, in: Polen 1980. Erste Analysen der Entwicklungen nach den Streiks [Sonderveröffentlichung des BIOst, November 1980], S. 8–17, hier S. 17), es sei ein „gewisser Pessimismus unabweisbar“, da bislang im Ostblock „auf jede Phase des Aufschwungs und der Liberalität stets ein Rückfall in eine neue gesellschaftliche Depression [stattgefunden habe], die eine weitere Krise vorbereitete. Würde dieser Krisenzyklus nunmehr durchbrochen, so wäre der polnische und der internationale Kommunismus wahrscheinlich in eine neue Etappe seiner Entwicklung eingetreten.“ (Hervorhebung im Original)

ressen der UdSSR und anderer Ostblockstaaten minimiert schienen.³⁵ Doch unbeschadet dieser Einschränkungen kam nach dem Danziger Abkommen 1980 aus dem BIOst die Prognose:

„Diejenigen, die innerhalb und außerhalb Polens als Fazit der Entwicklung im Sommer und im Herbst 1980 eine weitere Schwächung und Diskreditierung nicht nur des ‚real existierenden Sozialismus‘, sondern sozialistischer Konzeptionen überhaupt erwartet oder sogar erhofft hatten, könnten sich möglicherweise getäuscht haben. Halten sich die Führung der Partei und des neuen Gewerkschaftsbundes ‚Solidarität‘ an die vereinbarten Prinzipien [...], könnte dies langfristig eine Grundlage für [...] eine osteuropäische (polnische) Spielart des demokratischen Sozialismus abgeben.“³⁶

Ein Jahr später, nach den Kongressen der PVAP und der Solidarność, sah der Leiter des BIOst die mögliche Entwicklung des „polnischen Experiments“, sofern es fortgesetzt werde, immer noch auf einen „eigenen Weg zum Sozialismus“³⁷ hinauslaufen. Und selbst nach der gewaltsamen Niederschlagung der Opposition mittels Kriegsrecht im Dezember 1981 stufte der BIOst-Experte Dieter Bingen die unabhängige Gewerkschaft nicht als Systemopposition ein. Vielmehr resümierte er in einem Beitrag für die Zeitschrift APuZ:

„Solidarność‘ und die mit ihr verbündeten gesellschaftlich relevanten Kräfte (Bauern, Inteligencja) waren angetreten, die Grundprinzipien der bürgerlichen Revolution unter dem Motto: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, und die soziale Revolution im Sinne einer authentischen Arbeiter-Selbst- und Mitverwaltung in der sozialistischen Volksrepublik Polen zu vollenden.“³⁸

Die Verantwortung für das Kriegsrecht verortete Bingen deshalb nicht bei der unabhängigen Gewerkschaft, sondern bei der polnischen Führung: „Nicht durch einen gewaltsamen Aufstand oder die Drohung eines Staatsstreichs von seiten der ‚Solidarność‘, sondern angesichts der gesellschaftlichen Dynamik und des eigenen Machtverfalls habe sich die herrschende PVAP zu einer gewaltsamen Lösung entschieden.“³⁹

Den Experten des BIOst ist somit ein differenziertes Erwartungsmanagement hinsichtlich Solidarność zu attestieren. Die Gründung und Tätigkeit der Gewerkschaft betrachteten sie nicht als Systemattacke, sondern als Bemühen um Veränderungen innerhalb des gegebenen Ordnungsrahmens. Eine Reform des polnischen Systems galt ihnen, wenn auch in engen Grenzen, als möglich, sofern Partei und Opposition verantwortungsvoll zusammenarbeiteten. Die Verantwortung für das Kriegsrecht fiel aus ihrer Sicht nicht auf Solidarność, sondern auf die herrschenden Kommunisten in Warschau (weniger auf die in Moskau⁴⁰).

³⁵ Vgl. etwa Heinrich Vogel: Vorbemerkungen, in: Polen im Sommer 1981. Neue Analysen zu innen- und außenpolitischen Problemen (Sonderveröffentlichung des BIOst, August 1981), o. P.

³⁶ Bernd Knabe/Alarich Scholz: Gewerkschaftspluralismus in der Volksrepublik Polen (Herbst 1980), in: Polen 1980, S. 27–35, hier S. 34.

³⁷ Vogel, Vorbemerkungen, o. P.

³⁸ Dieter Bingen: Solidarność – eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: APuZ 29–30/1982, S. 3–25, hier S. 24 (Hervorhebungen: K. S.).

³⁹ Ebd., S. 4.

⁴⁰ Dies harmoniert mit Archivfunden der 1990er Jahre, die nachlassende Fähigkeit der Sowjetunion zu einer Intervention und überhaupt Beeinflussung der polnischen Entwicklung erkennen lassen. So meinte Andropow im Politbüro: „Selbst wenn Polen unter die Kontrolle der

Reaktionen von Regierung, SPD, „linksliberaler“ Öffentlichkeit und Schriftstellern

Ungeachtet solcher differenzierter wissenschaftlicher Einschätzungen waren die (bereits gut erforschten) Reaktionen der sozialliberalen Bundesregierung,⁴¹ der „linksliberalen“ Öffentlichkeit,⁴² der Intellektuellen und der Schriftsteller⁴³ ganz überwiegend (so die einhellige Meinung) von Zurückhaltung und Distanz gegenüber Solidarność geprägt, die vor allem im internationalen Vergleich auffalle.⁴⁴ Gleiches gilt auch für die öffentlichen Stellungnahmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Einzelgewerkschaften – wenngleich von diesen eine massive humanitäre und praktisch-politische Hilfe für Solidarność kam, die jedoch im Stillen erfolgte und teils über Partnergewerkschaften im Ausland abgewickelt wurde („tacit solidarity“).⁴⁵ Immerhin aber unterhielt der DGB – statt zu den Staatsgewerkschaften – ab 1981 durchgängig Beziehungen zu Solidarność.⁴⁶

Solidarność fällt, dann wird es eben so sein. [...] Wir müssen uns in erster Linie um unser eigenes Land und um die Stärkung der Sowjetunion kümmern.“ (Zit. nach Wilfried Loth: Staaten und Machtbeziehungen im Wandel, in: Akira Iriye [Hg.]: 1945 bis heute. Die globalisierte Welt, München 2013, S. 15–181, hier S. 140). Allerdings gilt es als ausgemacht, dass die Verhängung des Kriegsrechts auf sowjetischen Druck hin erfolgte (vgl. Wirsching, Preis der Freiheit, S. 33).

⁴¹ Vgl. Faulenbach: Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 540 ff.; Dieter Bingen: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991, Baden-Baden 1998, S. 202 ff. Zur Reaktion speziell des Auswärtigen Amts vgl. Agnes Bresselau von Bressendorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83, München/Berlin 2015, S. 197–225.

⁴² Vgl. Ackermann, Französische und deutsche Wahrnehmungen, S. 144 ff.

⁴³ Burkhard Olschowsky: Die Solidarność und das polnische Kriegsrecht in der Wahrnehmung deutscher Schriftsteller, in: Edmund Dmitrów/Tobias Weger (Hg.): Deutschlands östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn, Frankfurt am Main 2009, S. 491–514, hier besonders S. 497 ff. u. 510 f.

⁴⁴ Zu den westdeutschen Reaktionen insgesamt vgl. zuletzt Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 952. Ausführlich zu den öffentlichen Positionierungen vgl. Nina Dombrowsky: Solidarität mit Solidarność? Politische Reaktionen aus der Bundesrepublik auf die Entstehung der „Solidarność“ und die Ausrufung des Kriegszustands in der Volksrepublik Polen 1980–1982, in: DA 41 (2008), Nr. 1, S. 68–75. Für frühe Einschätzungen der Reaktionen vgl. Wolfgang Jäger/Werner Link: Republik im Wandel 1969–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1987, S. 378; Helga Haftendorn: Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss, München 1986, S. 177.

⁴⁵ Friedhelm Boll/Małgorzata Świder: The FRG: Humanitarian Support without Big Publicity, in: Idesbald Goddeeris (Hg.): Solidarity with Solidarity: Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982, Lanham u. a. 2010, S. 159–190 (Zitat: S. 160). Zur westlichen Unterstützung für Solidarność vgl. den genannten Band insgesamt. Zur westdeutschen humanitären Hilfe generell vgl. Albrecht Riechers: Hilfe für Solidarność. Zivilgesellschaftliche und staatliche Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980–1982, Bonn 2006. Die diskrete Hilfe des DGB war auch der Bundesregierung bekannt (vgl. AAPD 1981, S. 1655).

⁴⁶ Stefan Müller: DGB und Ostpolitik 1969–1989. Gewerkschaften als parastaatliche Akteure im Entspannungsprozess, in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hg.): Teilungen überwinden. Europäische und Internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014, S. 223–233, hier S. 227.

Bei den Sozialdemokraten gab es nur einzelne Personen, die über Kontakte zur osteuropäischen und speziell zur polnischen Opposition verfügten.⁴⁷ Die SPD-Spitze pflegte dagegen die gesamten 1980er Jahre hindurch intensive Beziehungen zu den Machthabern des Ostblocks, so auch im Falle Polens.⁴⁸

Als Hauptgrund für die breite westdeutsche Zurückhaltung gegenüber *Solidarność* nennt die Literatur große Befürchtungen der eingangs genannten Akteure, die bundesrepublikanische Entspannungspolitik, das heißt das diplomatische Verhältnis und die Wirtschaftsbeziehung zu den Ländern des Ostblocks sowie das deutsch-deutsche Verhältnis, könnten durch *Solidarność* Schaden nehmen.⁴⁹ Resultierte aus der Logik der Entspannungspolitik, die auf eine gouvernementale Verständigung zwischen Ost und West und auf eine sukzessive Liberalisierung der Ostblockstaaten „von oben“ setzte, ohnehin ein tendenzielles Unbehagen an oppositionellen Bestrebungen im „realen Sozialismus“ (da mit dessen fragiler Ordnung auch das Gleichgewicht der Militärblöcke bedroht zu sein schien),⁵⁰ kam im Falle Polens die schuldhafte deutsche Vergangenheit gegenüber dem Nachbarn hinzu. Entsprechend wies Bundeskanzler Helmut Schmidt, wenn er seine zurückhaltende, ja verständnisvolle bis erleichterte⁵¹ Reaktion auf die Verhängung des Kriegs-

⁴⁷ Vgl. Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 543 f., sowie ausführlicher (allerdings primär auf die DDR bezogen) Wilhelm Knabe: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 7/2, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1110–1202, hier S. 1177 ff. Zum Umgang der SPD mit diesem Kapitel ihrer Geschichte vgl. Dieter Dowe (Hg.): Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982–1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. 09. 1993 in Bonn, Bonn 1993, hier insbesondere die Beiträge von Gert Weisskirchen (S. 75 f.) und Karsten D. Voigt (S. 83–87). Siehe auch die Rede Gerhard Schröders im Dezember 2000 vor dem polnischen Sejm, in der er sich für die jahrelange Distanz der SPD zu *Solidarność* entschuldigte (vgl. dazu Andrzej Stach: „*Solidarność*? Nein, danke ...“ Die Einstellung zu *Solidarność* in beiden deutschen Staaten vor 1989, in: Izabela Surynt/Marek Zybura [Hg.]: Die Wende. Die politische Wende 1989/90 im öffentlichen Diskurs Mittel- und Osteuropas, Hamburg 2007, S. 74–85, hier S. 84 f.).

⁴⁸ Symbolhaft steht hierfür der Besuch Herbert Wehners bei General Jaruzelski bald nach Verhängung des Kriegsrechts, aber auch bereits der zeitgenössisch kritisierte Tatbestand, dass Willy Brandt bei seinem Polen-Besuch 1985 nicht mit dem *Solidarność*-Führer und Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa zusammentraf (wenngleich neuere Untersuchungen zeigen, dass hierfür ein Stück weit die Kontextbedingungen verantwortlich zu machen sind, vgl. Bernd Rother: Zwischen Solidarität und Friedenssicherung. Willy Brandt und Polen in den 1980er Jahren, in: Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz [Hg.]: Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen, Bonn 2010, S. 220–263).

⁴⁹ Heinrich August Winkler: Geschichte des Westens. Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014, S. 804. Prägnant bemerkte Timothy Garton Ash (Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 424 f.) bereits Anfang der 1990er Jahre: „Als politische Größe schien die [polnische] Opposition eher ein Störfaktor der Deutschland- und Entspannungspolitik zu sein.“

⁵⁰ Zu diesem Problem vgl. nach wie vor konkurrenzlos Garton Ash, Im Namen Europas, besonders S. 413.

⁵¹ Artur Hajnicz (Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989–1992, Paderborn u. a. 1995, S. 26) spricht von einer „kaum verhohlenen Erleichterung“,

rechts (das ihn auf seinem Staatsbesuch in der DDR überrascht und diesen nicht hatte abbrechen lassen) begründete, gerade auf die deutsch-polnische Vergangenheit hin: „Deutsche dürfen sich noch immer nicht zum Richter über Polen aufwerfen, noch immer nicht!“⁵²

Auch wenn Bundesregierung und SPD-Spitze sich von Anbeginn zum Recht auf freie Gewerkschaften bekannt sowie Kredite und Hilfsleistungen in Milliardenhöhe für Polen bewilligt hatten, blieben die Sozialdemokraten doch sehr zurückhaltend, was eine verbale Solidarisierung mit Solidarność anbelangt.⁵³ Ebenso verhielten sich viele Intellektuelle, Künstler und Publizisten.⁵⁴ Wenngleich zu ihrer zentralen Begründung die Bewahrung des Weltfriedens avancierte,⁵⁵ blieb die Entspannungspolitik auch in ihrer Prämisse, Wandel im Ostblock könne es nur geben, wenn die dortigen Machthaber sich in ihrer Existenz nicht bedroht fühlten, im Wesentlichen unangetastet – gerade in dem Moment, als der von Solidarność angestoßene Wandel gescheitert war.⁵⁶ Zur Begründung diene unter anderem die These, die unabhängige Gewerkschaft habe den Bogen überspannt⁵⁷ und trage insofern mindestens eine Mitverantwortung für das Kriege recht.

mit der die Bundesregierung das Kriege recht aufgenommen habe – was Dieter Bingen (Polen-Politik, S. 209) jedoch „zu weit“ geht. Allerdings soll Schmidt laut MfS-Akten am 13.12. gegenüber SED-Generalsekretär Honecker erklärt haben, es sei „höchste Zeit, daß man damit begonnen hat, in Polen Ordnung zu machen“ (so Honecker in einem Telefonat mit Jaruzelski, zit. nach Bingen, Polen-Politik, S. 209, Anm. 37).

⁵² Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 9/74, S. 4293A. Die CDU/CSU-Opposition schloss aus der deutsch-polnischen Geschichte hingegen, die Bundesrepublik müsse sich für die Einhaltung der Menschenrechte auch in Polen einsetzen (vgl. Dombrowsky, Solidarität mit Solidarność, S. 70), wie sie überhaupt mit verbaler Solidarität auf Solidarność reagierte (vgl. Bingen, Polenpolitik, S. 204). Auch aus der FDP kamen Bingen zufolge „offene Sympathien“ für Solidarność (vgl. ebd., S. 203).

⁵³ Vgl. Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 540 ff.; Dombrowsky, Solidarität mit Solidarność, S. 74 f.). Symbolhaft für dieses Problem steht die Bemerkung Willy Brandts nach Verhängung des Kriege rechts, den Polen sei mit „Maulheldentum“ nicht geholfen (Willy Brandt: Deutscher Patriotismus, in: Der Spiegel 5/1982, S. 42f., hier S. 42).

⁵⁴ Vgl. Ackermann, Französische und deutsche Wahrnehmungen, S. 144 ff.

⁵⁵ So auch bei Egon Bahr (Wie einfach, Freiheit für die Polen zu fordern. In der Debatte über Polen werden viele politische Rechnungen ohne die Zwänge der Realität gemacht, in: Vorwärts 4/1982, S. 3): „Oberste Priorität ist [...] die Erhaltung des Friedens.“

⁵⁶ Charakteristisch hierfür scheint Egon Bahrs Diktum (ebd.): „Entspannungspolitik ist nicht am Ende, sondern durch Polen in einer Bewährung.“ Dieser Einschätzung folgt retrospektiv auch Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 384.

⁵⁷ Egon Bahr resümierte 1996: „Wir trauten Solidarność nicht das Augenmaß zu, die Sehne nicht zu überspannen.“ (Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München ²1996 [Erstauflage ebenfalls 1996], S. 341).

2. Blockübergreifendes Engagement: Die Initiative *Solidarität mit Solidarność*

Träger der Solidaritätsarbeit

Die Zurückhaltung des Regierungslagers, des DGB und der vieler Prominenter stieß jedoch durchaus auf Kritik. Eine wichtige Rolle spielte hierbei die gewerkschaftliche Initiative *Solidarität mit Solidarność*. Sie ist bislang kaum erforscht, obwohl sie Anfang der 1980er Jahre eine bedeutende,⁵⁸ vielleicht sogar die „wichtigste Unterstützung“⁵⁹ für *Solidarność* aus der Bundesrepublik darstellte. An der Kampagne beteiligten sich unterschiedlichste Teile der westdeutschen Linken. Die Gemeinsamkeit bestand jedoch darin, dass sie sich alle kritisch gegenüber den herrschenden Regimes im sowjetischen Machtbereich abgrenzten. Dazu gehörten zum einen Einzelpersonen vom linken Flügel der SPD, beispielsweise Iring Fetscher und Peter von Oertzen. Geboren in der ersten Hälfte der 1920er Jahre, stehen sie nicht nur als Sozialdemokraten, sondern auch generationell für die alte, prä-68er Linke. Iring Fetscher, in seiner Jugend NSDAP-Mitglied und Kriegsfreiwilliger, hatte sich in den 1950er Jahren mit Arbeiten über Hegel und Rousseau qualifiziert und 1963 in Frankfurt eine Professur für Politikwissenschaft und Sozialphilosophie erhalten. Als Marx- und Marxismus-Experte bekannt, war er lange Jahre Mitglied der SPD-Grundwertekommission, für die er sich auch am Parteialog mit der SED beteiligen sollte (s. Kap. III).⁶⁰

Peter von Oertzen wiederum kann als Kopf eines linkssozialistischen Netzwerks inner- und außerhalb der SPD betrachtet werden,⁶¹ das er 1989/90 auch in die DDR zu erweitern suchte (s. Kap. IV). Aus einer preußischen Adelsfamilie stammend, hatte er sich 1946 für die Sozialdemokratie entschieden.⁶² Von Oertzen, der über sich selbst meinte: „Wenn man mich einen Marxisten nennt, widerspreche

⁵⁸ Vgl. die Würdigung bei Friedhelm Boll: Zwischen politischer Zurückhaltung und humanitärer Hilfe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und *Solidarność* 1980–1982, in: Ursula Bitzegeio (Hg.): *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalismus und Geschichtspolitik*, Bonn 2009, S. 199–218, hier S. 205–207.

⁵⁹ Andrea Genest: Die *Solidarność* aus deutscher Perspektive, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 34–35/2005, S. 17–22, hier S. 19.

⁶⁰ Zur Biografie Iring Fetschers vgl. Clemens K. Stepina (Hg.): Iring Fetscher. Zwischen Universität und Politik, Wien 2011.

⁶¹ Vgl. Philipp Kufferath: Netzwerke als strategische Allianzen und latente Ressource. Etablierungsversuche der linken Opposition im SPD-Milieu nach 1945, in: *AfS* 53 (2013), S. 245–268, hier S. 252 ff., besonders S. 257.

⁶² Zur Biografie Peter von Oertzens vgl. Wolfgang Jüttner/Gabriele Andretta/Stefan Schostok (Hg.): *Politik für die Sozialdemokratie. Erinnerung an Peter von O*, Berlin 2009; Jürgen Seifert/Heinz Thörmer/Klaus Wettig (Hg.): *Soziale oder sozialistische Demokratie? Beiträge zur Geschichte der Linken in der Bundesrepublik*. Freundesgabe für Peter von Oertzen zum 65. Geburtstag, Marburg 1989; Reinhardt, *Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei*, Baden-Baden 2011, S. 233 ff.; sowie Philipp Kufferath: *Peter von Oertzen. Eine politische und intellektuelle Biographie*, Göttingen 2017.

ich nicht; aber ich halte die libertären Traditionen des Sozialismus (Anarchismus, Syndikalismus, Rätesozialismus) für ebenso wichtig“,⁶³ galt als „Mentor der linken Sozialdemokraten“⁶⁴ – nicht zuletzt im Parteivorstand, dem er bis in die 1990er Jahre hinein angehörte. Er engagierte sich wiederholt für Dissidenten im Ostblock,⁶⁵ so bereits im Kontext des Bahro-Kongresses Ende der 1970er Jahre⁶⁶ oder mit einer Spende an das Sozialistische Osteuropakomitee Hamburg.⁶⁷ Früh kritisierte er die Zurückhaltung gerade auch der Linken mit Kritik an Repression im „realen Sozialismus“.⁶⁸ Innerhalb seiner Partei setzte er sich für eine „stärkere Unterstützung der ‚demokratischen und sozialistischen Opposition‘ in der DDR durch die SPD“ ein, wie die DDR-Staatssicherheit Ende der 1970er Jahre registrierte.⁶⁹ Dem MfS galt von Oertzen als „böswilliger Antikommunist“, der im Ostblock die „oppositionellen und antikommunistischen Kräfte stärken und ermutigen“ wolle.⁷⁰ 1985 versuchte von Oertzen – allerdings erfolglos –, den SPD-Parteivorstand für eine öffentliche Solidaritätsadresse zur Unterstützung der, wie er meinte, „demokratischen und sozialistischen Opposition“ in Osteuropa zu gewinnen.⁷¹ Angesichts solcher jahrelanger Aktivitäten wollte er, wenn sich Adam Michnik 1993 über die mangelnde Unterstützung der westdeutschen Linken der östlichen Dissidenz beklagte, dies nur bedingt gelten lassen. Durchaus habe es „innerhalb und außerhalb der SPD eine nicht unwichtige politische Strömung“ linker, sozialistischer (teils sogar marxistischer) Stalinismus-Gegner gegeben, die allerdings „von wenigen persönlichen Ausnahmen einmal abgesehen auch bei der Opposition in Osteuropa (auch in Ostdeutschland) nicht sehr bekannt geworden“ sei, schrieb er an Michnik.⁷²

Wenn sich Fetscher und von Oertzen als prominente Unterstützer von *Solidarität mit Solidarność* wiederfinden, bezeichnet dies jedoch nur eine Säule dieser Initiative. Die bislang wenig beachtete⁷³ Kampagne kann als eine der seltenen ge-

⁶³ LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Rundbrief von Peter von Oertzen, undat. [vermutlich Herbst 1989], Anlage „Persönliche Informationen“.

⁶⁴ AdSD, Dep. Eppler, 1/EEAC000126, ppp Hintergrunddienst 41 (1990), Nr. 54 (19. 3. 1990), S. 2.

⁶⁵ Vgl. Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt, S. 540.

⁶⁶ Vgl. März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 353 f.

⁶⁷ HIS, Bestand Sozialistisches Osteuropakomitee, Ordner Post R–St, Inge Kollmar (Büro Peter von Oertzen) an das Sozialistische Osteuropakomitee Hamburg, 13. 11. 1979.

⁶⁸ Vgl. Interview mit Peter von Oertzen, in: Avanti, Februar 1979 (zit. nach Klaus Wiegrefe: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005, S. 137).

⁶⁹ BStU, HVA 82, S. 236.

⁷⁰ BStU, HVA 35, S. 306.

⁷¹ AdSD, Dep. Engholm, 1/BEAA000112, Vorlage von Peter von Oertzen für die Sitzung des Parteivorstands am 24. 10. 1986. In der Sitzung wurden gegen die Vorlage „Bedenken erhoben“ (ebd., Protokoll der Sitzung des Parteivorstands am 24. 10. 1986, S. 9).

⁷² LUH, Akz. 2009/09, Sign. 48/1, Peter von Oertzen an Adam Michnik, 03. 03. 1994. Darin beklagt sich von Oertzen für die von ihm genannte Strömung weiter: „Und wenn wir heute an die Ideen der wirklichen Sozialistischen Linken (wie sie in Polen einmal sehr klar – wenn auch vielleicht ein wenig zusehr auf der Linie einer trotzkistischen Dogmatik – von Kuron und Modzelewski formuliert worden sind) festhalten, stellt man uns mit unserer Todfeinden: den stalinistischen Politbürokraten und den ihnen hörigen ‚Intellektuellen‘ in eine Reihe.“

⁷³ Nur kurz erwähnt bei Natalie Bégin (Kontakte zwischen Gewerkschaften in Ost und West. Die Auswirkungen von „Solidarność“ in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich, in:

meinsamen Aktionen angesehen werden, bei der Akteure aus der alten und aus der „Neuen Linken“ zusammenfanden.⁷⁴ Sie erinnert insofern durchaus an die Solidaritätsaktionen für Rudolf Bahro, bei denen neben Peter von Oertzen etwa Rudi Dutschke mitgearbeitet hatte.⁷⁵ Personelle Überschneidungen signalisieren auch die linken Gewerkschafter Heinz Brandt⁷⁶ und Jakob Moneta, die sich bereits für Bahro eingesetzt hatten (s. Anhang Abb. 4). Aus der Neuen Linken zählten die Trotzlisten Winfried Wolf und Peter Bartelheimer von der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) sowie der damals im maoistischen KBW engagierte Gerd Koenen zu den Aktivisten im Frankfurter Koordinierungsbüro von *Solidarität mit Solidarność* (s. u.).

Jakob Moneta verkörperte zudem biografisch die Konjunktion von alter und Neuer Linken. Lange Jahre Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung *Metall*, bewegte er sich bereits längere Zeit im Umfeld der GIM, bevor er nach deren Vereinigung mit der maoistischen KPD/ML Mitglied der neuen gebildeten Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) wurde. Nach 1989 trat Moneta der SED-Nachfolgepartei PDS bei⁷⁷ – während sein einstiger GIM-Genosse Winfried Wolf auf den offenen Listen der Postkommunisten in den Bundestag einzog.⁷⁸ Ferner gehörten Elmar Altvater vom Sozialistischen Büro (SB) in Offenbach, einem Zentrum der undogmatischen Neuen Linken,⁷⁹ sowie Renate Damus, Politikprofessorin und später Bundesvorstandsmitglied der Grünen zu den Unterstützern der *Solidarność*-Hilfe – ebenso wie Milan Horáček, tschechischer Emigrant und bald grüner Bundestagsabgeordneter. Horáček war zeitweilig im Sozialistischen Osteuropakomitee (SOK) engagiert,⁸⁰ das Exilanten aus dem Ostblock und westdeutsche Linke zur Unterstützung der östlichen Dissidenz in den 1970er Jahren gegründet hatten.⁸¹

AfS 45 [2005], S. 293–324, hier S. 299) und Andrea Genest (Die *Solidarność* aus deutscher Perspektive, S. 19), nur kurz vorgestellt bei Friedhelm Boll (Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 205–207). Aus autobiografischer Perspektive verschiedentlich präsent bei Gerd Koenen (Das rote Jahrzehnt, besonders S. 494; ders., Von 1968 nach 1989, S. 5 f. u. 15; ders., Zeitsprünge, S. 142 f.).

⁷⁴ Die Heterogenität der Unterstützerszene findet sich auch erwähnt bei Koenen, Von 1968 nach 1989, S. 15 (vgl. auch ders., Das rote Jahrzehnt, S. 494); bei Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 206, scheint sie durch. Der generationelle Aspekt hat bislang noch keine wissenschaftliche Aufmerksamkeit gefunden.

⁷⁵ Vgl. März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 353 f. u. 359.

⁷⁶ Zur Biografie Heinz Brandts vgl. Knud Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986), Bonn 2007.

⁷⁷ Zur Biografie Monetas vgl. Sebastian Voigt: Das bewegte Leben eines jüdischen Gewerkschafters. Eine biografische Skizze zu Jakob Moneta, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, Nr. 70 (2015), S. 84–100.

⁷⁸ Vgl. Deutscher Bundestag: Dr. Winfried Maria Wolf, http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/mdb/mdb14/bio/W/wolf_wi0.html [02. 04. 2016].

⁷⁹ Zum Sozialistischen Büro vgl. Gottfried Oy: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift *links*. *Sozialistische Zeitung* (1969 bis 1997), o. O. 2007; Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 172–180.

⁸⁰ HIS, Bestand Sozialistisches Osteuropakomitee, Ordner „Osteuropakomitee [sic]“ „Adressliste der Komiteemitglieder“, undat. (wohl Ende der 1970er oder Anfang der 1980er Jahre).

⁸¹ Zur Geschichte des SOK vgl. Peter Offenborn: „Socialismus ano – okupace ne!“ Aus der Arbeit des Sozialistischen Osteuropakomitees (SOK), in: Horch und Guck 34/2001, S. 37–39; Stefan

Aus den Kreisen der östlichen Dissidenz finden sich Rudolf Bahro und Wolf Biermann als Unterstützer der Initiative.

Somit lassen sich, fragt man nach den hauptsächlichen Trägern von *Solidarität mit Solidarność*, fünf Säulen unterscheiden: *erstens* Einzelpersonen vom linken Flügel der SPD und der Gewerkschaften, *zweitens* das Sozialistische Büro (SB) als Plattform der undogmatischen Neuen Linken, *drittens* aus der dogmatischen Neuen Linken der maoistische KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) und die trotzkistische GIM (Gruppe Internationale Marxisten), *viertens* das von Exilanten und westdeutschen Linken gegründete Sozialistische Osteuropakomitee (SOK) sowie *fünftens* die junge Partei der Grünen und ihr Umfeld. Im lokalen Kontext engagierten sich zudem (wenigstens punktuell) die DGB-Jugend⁸² und die Jusos sowie weitere Kadergruppen und Politsekten.⁸³ Aber auch die ehemaligen Spontis Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit sowie der frühere KPD/AO-Vorsitzende Christian Semler gehörten zum „weitläufig noch immer links orientierten Milieu“ der Unterstützer.⁸⁴ Viele dieser Unterstützer sind in weiteren Aktionen und Ereignissen wiederzufinden, die weiter unten und in den Kapiteln III bis V vorgestellt werden (s. Anhang Abb. 2).

Auseinandersetzungen mit der DKP

Vereinte *Solidarität mit Solidarność* somit ein breites Unterstützerspektrum, umfasste dies dennoch keineswegs die gesamte Linke. Konflikte gab es insbesondere mit der orthodoxen DKP. Die an Ost-Berlin und Moskau orientierte Partei sah – ebenso wie die SED- und KPdSU-Führung⁸⁵ – in *Solidarność* eine konterrevolutionäre Organisation. Damit erteilten sie Unterstützungsmaßnahmen eine klare Absage. So schrieben der DKP-Funktionär Volker Einhorn und der Chefredakteur des SDAJ-Magazins *elan*, Gero von Randow: „Solidarität mit Solidarność?‘ Mit der Konterrevolution, die die Arbeiterinteressen nur als Manövriermasse einsetzte

Tröbst: Die ostmitteleuropäischen Oppositionsbewegungen in der westlichen Osteuropafor- schung 1975–1989. Drei Skizzen, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mähler/Peter März (Hg.): Wechselwirkungen Ost–West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln 2007, S. 73–182.

⁸² StAufarb, Dep. Klimczak, Akte 15, Flugblatt „Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność“, Rückseite („Aufruf der DGB-Jugend zu Ostern ’82“).

⁸³ Gerd Koenen nannte als Beteiligte an den lokalen „politischen Aktionseinheiten“: „die Grünen bzw. Grüne und Alternative Liste, KBW, Gim, SAG, KL, ISP, KPD, KABD, KB, BWK und Z-Gruppe. An verschiedenen Orten haben sich auch Sozialdemokraten, Jusos und Falken beteiligt. Friedensinitiativen u. a. örtliche Zusammenschlüsse waren öfters beteiligt, ebenso einzelne Sponti-Gruppen und eine Reihe von Allgemeinen Studentenausschüssen, insbesondere die Basisgruppen von den vds. (Gerd Koenen: Editorial, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 2 [Januar 1982], S. 1 u. 24, hier S. 24 [überliefert in FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność]).

⁸⁴ Vgl. Koenen, Von 1968 nach 1989, S. 15.

⁸⁵ Vgl. Olschowsky, Die Solidarność, S. 492; Mark Philip Bradley: Human Rights and Communism, in: Juliane Fürst/Silvio Pons/Mark Selden (Hg.): Communism. Endgames? Late Communism in Global Perspective, 1968 to the Present, Cambridge 2017, S. 151–177, hier S. 162.

und Polen in den Ruin trieb, können wir keine Solidarität üben. Wohl aber mit der polnischen Arbeiterklasse.“⁸⁶

Die Schwierigkeiten, die sich aus der Haltung der DKP ergaben, zeigen sich an den Auseinandersetzungen innerhalb der Friedensbewegung.⁸⁷ Hier spielten die Grünen als wichtige Säule der *Solidarność*-Solidarität eine zentrale Rolle.⁸⁸ Die Grünen beteiligten sich nicht nur an der Initiative *Solidarität mit Solidarność* (s. o.), sondern sandten von ihrer Bundesversammlung im Oktober 1981 auch eine (einstimmig beschlossene) Grußadresse an den Kongress der unabhängigen Gewerkschaft. Darin bezeichneten sie *Solidarność* als wesensverwandt mit ihrer eigenen Partei: „Unsere ökologische, soziale, basisdemokratische und gewaltfreie Bewegung sieht in *Solidarność* natürliche Verbündete, denn Ihr führt einen gewaltfreien Kampf um soziale Rechte und Selbstbestimmung.“⁸⁹ Für eine solche Solidarisierung mit der Gewerkschaft warben neben anderen insbesondere Petra Kelly, Lukas Beckmann und Wilhelm Knabe, der von der CDU zu den Grünen gekommen war.⁹⁰ Knabe wandte sich direkt gegen den Einfluss der DKP⁹¹ auf die Friedensbewegung: „Eine aktive freie Gewerkschaft *Solidarność* ist eine bessere Garantie für Abrüstung und den Nichteinsatz polnischer Streitkräfte für einen Angriff aus dem Osten als noch so feierliche Regierungsdeklarationen“⁹² der Warschauer-Pakt-Staaten, so sein Argument.

Der Konflikt der Grünen mit der DKP und ihren Tarnorganisationen zeigte sich in der Vorbereitung der großen Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluss im Bonner Hofgarten 1981.⁹³ Den Grünen gelang es nicht, eine Solidarisierung mit *Solidarność* im gemeinsamen Demonstrationsaufruf durchzusetzen.⁹⁴ Sie gaben dem Aufruf deshalb eine separate Präambel bei, in der sie erneut betonten: „Charta 77, *Solidarność* und ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ sind für uns ebenso natürliche Verbündete im Widerstand gegen die Aufrüstung und menschenverachtende Politik, wie die amerikanische Friedensbewegung oder die Befreiungsbewegungen der Drit-

⁸⁶ Volker Einhorn/Gero von Randow: Polen in der Zerreißprobe, Dortmund 1982, S. 155.

⁸⁷ Vgl. dazu Michael Roik: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn 2006, S. 342–356.

⁸⁸ Die Haltung der Grünen zu *Solidarność* ist bislang wenig erforscht. Für einen Überblick vgl. Regina Wick: Die Mauer muss weg – die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012, S. 54–56.

⁸⁹ AGG, A Wilhelm Knabe, Akte 44, Pressemitteilung: Telegramm der Grünen an den Kongress der *Solidarność*, gez. Wilhelm Knabe und Milan Horáček, dat. Offenbach, 3. 10. 1981.

⁹⁰ Zu Knabe vgl. Knabe, Westparteien, S. 1151 ff.

⁹¹ Die DKP sah in *Solidarność* – ebenso wie die SED-Führung (vgl. Olschowsky, Die *Solidarność*, S. 492) – eine konterrevolutionäre Organisation. Siehe das Zitat von Volker Einhorn und Gero von Randow oben, Anm. 86.

⁹² RHG, OWK 01, Wilhelm Knabe: Um Glaubwürdigkeit und Perspektive der Friedensbewegung. Beitrag zur BHA-Sitzung am 24. 4. 1982, S. 1.

⁹³ Zum Einfluss der DKP/SEW und Ostberlins auf die Friedensbewegung vgl. (insgesamt zurückhaltend) Helge Heidemeyer: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR, in: Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg, S. 247–268.

⁹⁴ Vgl. Roik: Die DKP, S. 342–355.

ten Welt“.⁹⁵ Der Einfluss Ostberlins machte sich jedoch auch innerhalb der Grünen selbst bemerkbar. So geriet für die Westberliner Alternative Liste die Frage der Solidarność-Solidarität zur „Zerreißprobe“.⁹⁶ Einer der Exponenten einer distanzierten Haltung war Dirk Schneider, der nach 1990 als Inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit enttarnt wurde.⁹⁷ Doch auch ohne direkten östlichen Einfluss gab es in der Friedensbewegung wie überhaupt auf Seiten der Linken – und damit im Kontext der Grünen – Widerstände und Bedenken.⁹⁸ Fürsprecher einer Solidarität mit Solidarność mussten sich regelmäßig des Verdachts erwehren, eine „Hilfstruppe von Strauß und Reagan“ abzugeben.⁹⁹ Reserviert reagierten auf Solidarność auch die Hamburger Grünen um Michael Stamm, die vom maoistischen KB (Kommunistischer Bund) zur Ökopartei gekommen waren.¹⁰⁰ Petra Kelly und andere sprachen sich hingegen für eine Unterstützung der Solidarność aus.¹⁰¹

2.1 Entwicklung der Initiative und Erwartungen der Aktivisten

Als erste Aktivität der späteren bundesweiten Initiative kann der Aufruf *Solidarität mit Solidarność* vom Dezember 1980¹⁰² gelten, der von Jakob Moneta und Heinz Brandt ausging¹⁰³ und mit der Zeit über 700 Unterzeichner fand.¹⁰⁴ Mit ihm sollten der DGB und dessen Mitgliedsgewerkschaften zu einer entschiedeneren und offeneren Unterstützung der neu gegründeten freien Gewerkschaft bewegt werden. Die Autoren forderten deshalb auch die Aufnahme offizieller Beziehungen des DGB zu Solidarność. Als zentraler Begriff des Aufrufs fällt die „sozialistische

⁹⁵ Albert Sellner: Nach der größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *Grüner Basisdienst* 1/1982, o. P.

⁹⁶ Dirk Schneider: Polen. Zerreißprobe für die AL Westberlin, in: *Moderne Zeiten* 2/1982, S. 23–25.

⁹⁷ Vgl. ebd. Zu Schneider vgl. generell Hubertus Knabe: *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen*, Berlin 2001, S. 73–80. Zu Schneider und Solidarność vgl. Wick (Die Mauer muss weg, S. 56), die den IM aus deutschlandpolitischer Sicht der „Dialogfraktion“ zurechnet, die auf Kontakte zur DDR-Staats- und Parteiführung und auf Distanz zur DDR-Opposition drang (vgl. ebd., S. 76).

⁹⁸ Zum Problem grüner Solidarisierung mit der östlichen Dissidenz insgesamt vgl. zuletzt Hermann Wentker: *Die Grünen und Gorbatschow. Metamorphosen einer komplexen Beziehung* 1985 bis 1990, in: *VfZ* 4 (2014), S. 481–514, hier besonders S. 484 f.

⁹⁹ Gerd Koenen: *Veranstaltungen – Linksherum, Rechtsherum*, in: *Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność*, Nr. 6/7 (Mai 1983), S. 55 (überliefert in: APO-Archiv, S. 975).

¹⁰⁰ Vgl. ebd.

¹⁰¹ Zu Kellys Haltung gegenüber Solidarność vgl. Wick, *Die Mauer muss weg*, S. 55. Wick rechnet Kelly der „Basis- und Symbolfraktion“ bei den Grünen zu, die den Akzent auf eine Solidarisierung mit der Dissidenz im Ostblock legte (vgl. ebd., S. 80).

¹⁰² Zur Datierung des Aufrufs vgl. Bégin, *Kontakte zwischen Gewerkschaften*, S. 299.

¹⁰³ Vgl. Jakob Moneta/Heinz Brandt: *Solidaritätsarbeit für Solidarnosc – am 1. Mai!*, in: *was tun*, Nr. 308, 16. 4. 1981.

¹⁰⁴ Vgl. Boll, *Zwischen politischer Zurückhaltung*, S. 206.

Demokratie“ ins Auge. So hieß es angesichts der sowjetischen Interventionsdrohungen gegen Polen, die „Hoffnung auf sozialistische Demokratie“ dürfe nach 1953, 1956 und 1968 nicht noch einmal militärisch zerstört werden. Dies habe auch für die Gewerkschaften im Westen eine große Bedeutung. Der polnischen Opposition zu helfen, sei „keine Einbahnstraße“, denn „[v]iele Rechte, die Solidarnosc heute wahrnimmt, wie Kontrollrechte in den Betrieben und gegenüber Verwaltung und Wirtschaftsplanung, aber auch uneingeschränktes Streikrecht und Schutz vor Aussperrung, sind in den kapitalistischen Ländern des ‚freien Westens‘ keineswegs selbstverständlich“.

Der Aufruf verband somit Kritik an den Verhältnissen im „Ostblock“ mit Kritik an jenen in der Bundesrepublik. Als Zielperspektive tritt hierin die Transformation nicht allein der polnischen, sondern ebenso der westdeutschen Verhältnisse zutage. Die Autoren erstrebten demnach *verflochtene Transformationen* über die Systemgrenze des Kalten Krieges hinweg. Der unabhängigen Gewerkschaft kam für die Autoren deshalb sogar eine Vorbildfunktion zu: „Solidarnosc ist für uns ein auch Beispiel sozialistischer Demokratie. Daher: Solidarität mit Solidarnosc!“¹⁰⁵ Der Aufruf zeigt insofern zweierlei: *erstens* kennzeichneten die Aktivist:innen ihre Erwartungen mit dem Begriff „sozialistische Demokratie“. Sie stehen damit nicht nur personell, sondern auch inhaltlich in der Tradition der Bahro-Solidarität, der es ebenfalls um die Verbindung von Demokratie und Sozialismus ging.¹⁰⁶ Und *zweitens* gehörte die Möglichkeit einer gewaltsamen Unterdrückung der Solidarność von Anfang an zu ihren handlungsleitenden (negativen) Erwartungen.

Der Aufruf wurde für die Kundgebungen zum 1. Mai 1981 – um hunderte Unterschriften vermehrt – neu aufgelegt und mit einer Vorrede versehen, die neben Jakob Moneta und Heinz Brandt auch Peter von Oertzen und Willi Scherer sowie Ingeborg Drewitz, die sich bei Amnesty International engagierte, unterzeichneten.¹⁰⁷ Damit war der Kreis jener Prominenten umrissen, die später als Schirmherren der Initiative fungieren sollten.¹⁰⁸ Die Aktion zum 1. Mai sollte primär der Propagierung und Ausweitung der Solidaritätsarbeit dienen. Daneben ging es den Initiatoren um eine Vernetzung der Hilfsbemühungen. „Wir würden es begrüßen, wenn sich alle sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräfte, die Solidaritätsarbeit für Solidarnosc betreiben, auf eine gemeinsame Initiative einigen würden, um diese Solidaritätsarbeit so wirksam wie möglich zu gestalten“, hieß es in einer gemeinsa-

¹⁰⁵ [o. V.:] Solidarität mit Solidarnosc, in: Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981, S. 5 f., hier S. 6.

¹⁰⁶ Vgl. März, Linker Protest nach dem Deutschen Herbst, S. 390.

¹⁰⁷ Die ebenfalls angefragten Hermann Mühleisen und Willi Hoss (später grünes MdB) von der gewerkschaftlichen „Plakat-Gruppe“ bei Daimler-Benz finden sich nicht als Unterzeichner. Vgl. LUH, Akz. 2009/09, Sign. 8/6, Winfried Wolf an Peter von Oertzen, 16.04.1981 und 22.04.1981.

¹⁰⁸ Vgl. etwa Solidarität mit Solidarność: Pressemitteilung vom 16.12.1981, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Sonderausgabe (16.12.1981), S. 3 f. (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność), hier S. 3, wo die fünf Namen in der Fußzeile unter dem Punkt „Zur Unterstützung rufen auf“ erscheinen.

men Erklärung.¹⁰⁹ Schon Ende März 1981 war ein „Gemeinsames Konto für ‚Solidarität mit Solidarność‘ in der BRD und Westberlin“ eingerichtet worden. Grundlage war eine Abmachung von Vertretern der Initiative und Mitgliedern des Sozialistischen Büros (SB), die gemeinsam zwei Kundgebungen mit polnischen Gewerkschaftern Anfang April in Offenbach bzw. Berlin organisierten.¹¹⁰

Parallel gründeten sich in zahlreichen Städten lokale *Komitees „Solidarität mit Solidarność“*.¹¹¹ Die Westberliner Gruppe, die sich Anfang April 1981 formierte, bekannte in ihrer Gründungserklärung übereinstimmend mit dem Aufruf Brandts und Monetas: „Für uns ist ‚Solidarność‘ ein Stück sozialistischer Demokratie. Deshalb haben wir die Initiative ‚Solidarität mit Solidarność‘ in Westberlin gegründet.“ Wert legten die Aktivisten auf die Feststellung, dass ihre Solidarität „keine Bedingungen“ stelle.¹¹² Presserechtlich verantwortlich zeichnete Clemes Dufke, der gemeinsam mit dem GIM-Mitglied und späteren PDS-Wirtschaftssenator von Berlin, Harald Wolf, im selben Jahr ein Buch mit Originaldokumenten der Solidarność und mit einem Beitrag von Ernest Mandel vom Vereinigten Sekretariat der IV. Internationale herausgab.¹¹³ Wie bereits der ursprüngliche bundesweite Aufruf – erkennbar an der Präsenz Jakob Monetas – war anscheinend auch das Berliner Komitee „Solidarität mit Solidarność“ gewichtig trotzkistisch initiiert.¹¹⁴

Als prominente Aktion der Initiative noch vor Verhängung des Kriegsrechts ist ihr offener Brief an die KPdSU-Führung vom Juli 1981 anzusehen. Dieses Schreiben enthielt die Aufforderung, solche Interventionsdrohungen gegenüber Polen, wie sie in dem vorausgegangenen Brief der KPdSU an die PVAP angekungen waren, zu unterlassen. Unterzeichner des Briefs waren mit Heinz Brandt, Jakob Moneta, Ingeborg Drewitz und Peter von Oertzen vier der fünf Schirmherren von *Solidarität mit Solidarność* – Letzterer ausdrücklich als Mitglied des SPD-Parteivorstands – sowie mit Peter Brandt, Ossip K. Flechtheim und Helmut Gollwitzer drei weitere,

¹⁰⁹ Peter Bartelheimer/Heinz Brandt/Jens Huhn/Jakob Moneta/Winfried Wolf/Horst-Dieter Zahn: *Solidarität mit Solidarność*, in: links 13 (1981), Nr. 134, S. 2.

¹¹⁰ APO-Archiv, S 975, Gründungserklärung des Westberliner Komitees „Solidarität mit Solidarność“, dat. 02. 04. 1981, S. 2.

¹¹¹ Vgl. Boll, *Zwischen politischer Zurückhaltung*, S. 206.

¹¹² APO-Archiv, S 975, Gründungserklärung des Westberliner Komitees „Solidarität mit Solidarność“, dat. 02. 04. 1981, S. 1.

¹¹³ Clemes Dufke/T. Ratsch/Harald Wolf: *Polen 1980. Umbruch im „realen Sozialismus“?*, Berlin 1981. Dufke blieb auch danach die Kontaktadresse des Berliner Komitees, vgl. Informationsbulletin *Solidarität mit Solidarność*, Nr. 2 (Januar 1982), überliefert in FSO, HA-PL: Gp, *Solidarität mit Solidarność*, dort auf S. 24 die Kontaktadressen der Initiative in 18 Städten.

¹¹⁴ Die Bedeutung des Trotzkismus für die Gründung der Initiative zeigt neben der initialen Beteiligung Jakob Monetas auch der Umstand, dass der bundesweite Aufruf vom GIM-Mitglied Peter Bartelheimer herausgegeben wurde und in seiner Broschürenfassung vom VSP-Verlag gedruckt wurde, der der GIM nahestand. Ein weiteres Indiz ist die Korrespondenz zwischen Peter von Oertzen und Winfried Wolf von der GIM, die den Schluss nahelegt, dass Wolf es war, der von Oertzen als Schirmherr der Initiative gewann (LUH, Akz. 2009/09, Sign. 8/6, Winfried Wolf an Peter von Oertzen, 16. 04. 1981 und 22. 04. 1981). Das Bemühen der Trotzkisten um Kontakte zu Solidarność bemerkte auch das Auswärtige Amt (vgl. AAPD 1981, S. 1658).

prominente Mitglieder der Initiative. Publik gemacht wurde das Schreiben über den Presseservice der SPD. Die Autoren forderten für Polen Meinungsfreiheit,¹¹⁵ pluralistische Demokratie und Parteienkonkurrenz, damit sich „das Volk, die Arbeiterklasse frei dafür entscheiden können, welchem der alternativ vorgeschlagenen Wege zum Sozialismus sie den Vorrang geben“.¹¹⁶ Die Behauptung, Solidarność sei von ausländischen Agenten gesteuert, wiesen sie ebenso zurück wie die Annahme, die Entwicklung in Polen strebe kapitalistischen Verhältnissen zu.¹¹⁷ Ihre Polemik gegen die KPdSU gründeten sie unter anderem auf Karl Marx, für den die „Emanzipation der Arbeiter die Sache der Arbeiter selbst“¹¹⁸ gewesen sei, und auf Lenin, der für die Zeit nach der Revolution ein Mehr an Demokratie durch Arbeiterräte versprochen habe.¹¹⁹ Den Fluchtpunkt der Argumentation bildete die unterstellte Alternative: entweder eine globale sozialistische Renaissance dank weiterer Demokratisierung Polens oder aber die Stärkung von „reaktionären Kräften“ im Westen im Falle einer sowjetischen Invasion. „Ihr könnt versichert sein, daß wenn der Prozeß der demokratischen Erneuerung eines sozialistischen Polens tatsächlich zu Ende geführt wird, der Sozialismus für die Arbeiterklasse der kapitalistischen Staaten wieder das werden wird, was er einmal für sie gewesen ist: eine große Hoffnung und das Ziel ihrer Bestrebungen und ihrer Kämpfe“, lautete die positive Prognose der Unterzeichner. Umgekehrt seien bei einem Einmarsch des Warschauer Paktes „verheerende Folgen“ für die weltweite Friedensbewegung zu erwarten – und „allen reaktionären Kräften in den kapitalistischen Staaten“ eine schlagkräftige „Propagandawaffe“ an die Hand gegeben, was letztlich auch der UdSSR zum Nachteil gereichen werde.¹²⁰ In solchen Formulierungen findet sich erneut die Erwartung tiefgreifender Wechselwirkungen zwischen Ost und West, wie sie für die *Solidarität mit Solidarność* konstitutiv war. Zugleich scheinen sich die Hoffnungen und Befürchtung hier, im Sommer 1981, die Waage gehalten zu haben. Eben diese Offenheit der zukünftigen Entwicklung, wie sie den Protagonisten vor Augen stand, scheint deren Engagement entscheidend angetrieben zu haben.

Neben solchen Aktivitäten der Initiatoren- und Schirmherrengruppe scheinen bis Sommer 1981 kaum zentrale, bundesweite Strukturen existiert zu haben. Der wichtigste Schritt zur Vernetzung der zahlreichen lokalen Einzelaktivitäten dürfte jedoch die erste Konferenz von Solidaritätskomitees, -initiativen und -Gruppen aus 19 deutschen Städten im September 1981 gewesen sein. Gerd Koenen bilanzierte in seinem Bericht für die Kommunistische Volkszeitung, Zentralorgan des KBW:

¹¹⁵ Heinz Brandt/Peter Brandt/Ingeborg Drewitz/Ossip K. Flechtheim/Helmut Gollwitzer/Jakob Moneta/Peter von Oertzen: Offenes Antwortschreiben auf den Brief der KPdSU an die polnische Führung von den Unterstützern des Aufrufs „Solidarität mit Solidarność“, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 36 (1981), Nr. 130, S. 6–8.

¹¹⁶ Ebd., S. 6.

¹¹⁷ Ebd., S. 7.

¹¹⁸ Ebd., S. 8.

¹¹⁹ Ebd., S. 6.

¹²⁰ Ebd., S. 8.

„Wie sich in der Vorstellung und dann in der Diskussion zeigte, sind die Komitees alle nicht sehr groß, sie werden, in wechselnder Zusammensetzung, von Aktionseinheiten zwischen GIM, SAG, Kommunistischer Liga sowie dem SB und dem KBW getragen. Aber die zerstreuten Aktivitäten sind, alle zusammengekommen, auch nicht wenige, und dasselbe gilt für die Verbindungen in die Gewerkschaften hinein.“

Die Konferenz im September kann als Gründungstreffen der zentralen, bundesweiten Unterstützungsinitiative gelten, wurde hier doch eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die die Zusammenarbeit der lokalen Gruppen in einer „gemeinsamen Initiative ‚Solidarität mit Solidarność‘“ besiegelte. Als wichtigste Ziele der gemeinsamen Arbeit wurden festgehalten: Hinwirkung auf eine volle Anerkennung der Solidarność durch den DGB sowie praktische Hilfe und „[i]deelee Unterstützung“ für die polnische Gewerkschaftsbewegung. Zudem einigte man sich auf eine scharfe Abgrenzung von konservativen Solidarność-Sympathisanten: „Keine Gemeinsamkeit mit Kräften, die revanchistische Gebietsansprüche gegen das polnische Volk erheben, die heutigen Grenzen der VR Polen revidieren wollen und überdies hier die gewerkschaftlichen Rechte angreifen.“¹²¹ Als wichtigstes Instrument der Vernetzung wurde ein „Gemeinsamer Koordinationsausschuß“ gebildet, dem Brandt und Moneta sowie Werner Mackenbach (Beiträger für das Info des SOK¹²² und später Vorstandsmitglied der SPD-Linksabspaltung Demokratische Sozialisten¹²³), Volkhard Mosler von der trotzkistischen SAG, Gerd Koenen für den KBW, Winfried Wolf von der GIM und Horst-Dieter Zahn (SB)¹²⁴ angehörten. Zu den Aufgaben des Koordinationsausschusses sollte es gehören, das gemeinsame Spendenkonto zu verwalten und künftig ein zentrales Info herauszugeben. In diesem sollten Solidarność-Dokumente auf Deutsch zugänglich gemacht, Diskussionen über Polen geführt, von der Solidaritätsarbeit berichtet, der jeweils aktuelle Spendenstand mitgeteilt und neue Veröffentlichungen über Polen rezensiert werden. Parallel dazu wurde der initiale Aufruf von *Solidarität mit Solidarność* weiter verbreitet.¹²⁵

Nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 ging es für die Initiative zunächst einmal darum, die Unterstützungsarbeit für Solidarność und den Spendenfluss nicht abreißen zu lassen. Der Koordinationsausschuss erklärte deshalb, eine „demokratische und sozialistische Zukunft Polens“ liege nun „allein

¹²¹ Solidarität mit Solidarność: Gemeinsame Erklärung der Konferenz, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 1 (1981), S. 14 f., hier S. 14 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

¹²² Vgl. Werner Mackenbach: „... den Warschauer Putsch stillschweigend hinnehmen ...?“. Die westdeutsche Linke und ihre Solidarität mit Solidarność, in: Osteuropa-Info. Sozialistisches Osteuropakomitee, Nr. 2, Hamburg 1982, S. 13–32.

¹²³ Vgl. Uwe Arndt/Werner Mackenbach/Willi Pohl/Bertold Scheller: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei, Frankfurt am Main 1990, S. 274.

¹²⁴ Siehe Zahns Beitrag für die Zeitung des Sozialistischen Büros, *links*, in dem er sich über die Instrumentalisierung der Friedensbewegung durch den DGB beklagte (Horst-Dieter Zahn: Der DGB und die Friedensbewegung, in: *links* 13 [1981], Nr. 139, S. 37 f.).

¹²⁵ Vgl. Solidarität mit Solidarność: Gemeinsame Erklärung, S. 14.

in den Händen der Arbeiter, die die Errungenschaften des August 1980 verteidigen“. Einmal mehr umriss *Solidarität mit Solidarność* auch die Erwartung tiefgreifender Wechselwirkungen zwischen Ost und West:

„Eine Niederwerfung der polnischen Arbeiter wäre zugleich eine Niederlage für die Arbeiter überall auf der Welt. Sie wäre ein Schlag gegen die weltweite Friedensbewegung in ihrem Kampf gegen Aufrüstung. Sie wäre ein Schlag gegen alle, die für sozialistische Demokratie als Alternative zur kapitalistischen Krise im Westen und zur Mißwirtschaft und Unterdrückung im Osten eintreten.“

Deutlich wird hieran erneut, dass *Solidarität mit Solidarność* für Veränderungen nicht nur in Polen, sondern auch im Westen eintrat, und dass die Initiative auf einer Ablehnung von „Realsozialismus“ wie auch Kapitalismus – und von östlicher wie westlicher Hochrüstung – fußte. Als Zielperspektive blieb auch nach dem 13. Dezember ein nur unscharf umrissenes Drittes, eben eine „sozialistische Demokratie“, zentral. Denn das Kriegsrecht besiegelte aus Sicht der Aktivisten keineswegs schon das Scheitern der polnischen Opposition. „Wir gehen davon aus, daß *Solidarność* weiterkämpft“,¹²⁶ erklärten sie nach dem Staatsstreich in Polen. Ihre Unterstützer riefen sie zur Fortsetzung der Spendensammlungen auf. In der Stellungnahme ist folglich ein aktives Erwartungsmanagement zu sehen, das der Aufrechterhaltung der Solidaritätsarbeit diene.

Dieses Erwartungsmanagement scheint durchaus erfolgreich gewesen zu sein. Jedenfalls stieg das Spendenaufkommen bei *Solidarität mit Solidarność* ab Winter 1981 beträchtlich: Waren im Juli des Jahres erst 8 000¹²⁷ und bis zur Verhängung des Kriegsrechts rund 25 000 DM¹²⁸ zusammengekommen, belief sich der Stand Anfang 1982 bereits auf über 40 000 DM.¹²⁹ Ein Jahr später, bei der Gründung eines eingetragenen Vereins „Solidarität mit Solidarność e. V.“, waren es immerhin schon rund 70 000 DM.¹³⁰ Handelt es sich hierbei – verglichen mit der überwältigenden humanitären Hilfe aus der Bundesrepublik, die bald 1 Milliarde DM erreichte¹³¹ – um geringe Summen, sind sie doch als dezidiert politische Unterstützung zu verstehen und für eine kleine Initiative wie *Solidarität mit Solidarność*, die von Kleinstspenden lebte,¹³² durchaus beachtlich, zumal sie nicht deren primäres

¹²⁶ *Solidarität mit Solidarność*: Zum Militärputsch in Polen, in: Informationsbulletin *Solidarität mit Solidarność*, Sonderausgabe (16. 12. 1981), S. 7 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, *Solidarität mit Solidarność*).

¹²⁷ Gerd Koenen: Pressekonferenz zur weiteren „Solidarität mit Solidarność“, in: *Kommunismus und Klassenkampf* 9 (1981), Nr. 29, S. 7.

¹²⁸ *Solidarität mit Solidarność*: Pressemitteilung, S. 4.

¹²⁹ [o. V.:] Spenden für „Solidarność“ im Widerstand, in: Informationsbulletin *Solidarität mit Solidarność*, Nr. 2 (Januar 1982), S. 24 (überliefert in FSO, HA-PL: Gp, *Solidarität mit Solidarność*).

¹³⁰ FSO, HA-PL: dok, *Solidarität mit Solidarność*, Flyer „Solidarität mit Solidarność“, undat. (1983), o. P.

¹³¹ Vgl. Riechers, *Hilfe für Solidarność*, S. 66.

¹³² [o. V.:] Spenden für „Solidarność“ im Widerstand; Spendet für Solidarność im Widerstand!, in: Informationsbulletin *Solidarität mit Solidarność*, Nr. 4/5 (Oktober 1982), S. 39 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, *Solidarität mit Solidarność*). Es handelte sich zumeist um Einzelspenden in Höhe von fünf bis einigen hundert DM.

Tätigkeitsfeld darstellte. Konkret wurden aus den Mitteln bspw. weitere Sachspenden finanziert, die man in teils konspirativen Aktionen nach Polen überstellte. Dabei konnte es sich um elementare Arbeitsmittel handeln. So forderte die Landeszentrale der Solidarność in Danzig von Papier über Büroklammern und Klebstoff bis hin zu Kassetten und Kassettenrecordern, Kamerafilmen, Schreibmaschinen und „Druckmaschinen (auch einfache Umdrucker)“ verschiedenste Materialien an. „Unsere Spende (Schreibmaschine) ist dankend angenommen worden. Die DDR-Zöllner habe sie zum Glück nicht gesehen. Für kleine Koffer ist die Kontrolle nicht arg“, berichtete ein Solidarność-Unterstützer.¹³³

Die Vereinsgründung Anfang 1983 ist als letzter Schritt der Zentralisierung anzusehen. Sie erfolgte zu einem Zeitpunkt, da die meisten lokalen Initiativen wohl bereits stark ausgedünnt oder sogar aufgelöst waren (hierzu schweigen die Quellen), und kann insofern auch als Surrogat geschwundener Aktivitäten vor Ort betrachtet werden. Dennoch gelang auf zentraler Ebene Mitte 1983, kurz nach der Aufhebung des Kriegsrechts, noch eine letzte spektakuläre Aktion mit dem Aufruf „Drei Jahre nach dem August 1980 – Solidarität für Solidarność vor Gericht!“, der sich hinter einige prominente, in Polen angeklagte Aktivisten der Gewerkschaft stellte. Zu den Unterzeichnern gehörten neben den Schirmherren der Solidaritätsinitiative die (teils späteren) Grünen Joschka Fischer, Ludger Volmer und Antje Vollmer, aber auch der ungarische Dissident György Konrád, der tschechische Exilant Jiří Kosta und der spätere SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine.¹³⁴ Der Kreis der Unterstützer wurde hiermit noch einmal deutlich erweitert (siehe die Gesamtaufstellung der mit parallelen oder späteren Aktionen verbundenen Personen im Anhang in Abb. 3).

Das Netzwerk um die Initiative herum

Mittels *Historical Network Research* kann zudem um die Initiative herum ein Netzwerk zahlreicher Personen identifiziert werden, die sich ebenfalls hinter Solidarność stellten und öffentlich gegen das Kriegsrecht in Polen protestierten. Hinweise liefert vor allem die – hier komplett ausgewertete – „Solidaritätsspalte“,¹³⁵ die die linksalternative *taz* nach der Verhängung des Kriegsrechts eigens einrichtete. Hier finden sich allein im Januar 1982 fünf Erklärungen und Appelle unterschiedlicher Gruppen abgedruckt. Darunter sind lokale Zusammenschlüsse wie die Kasseler Initiative *Keine Startbahn West*¹³⁶ und die *Bürgerinitiative Offenbach gegen Atom-*

¹³³ HIS, Bestand Sozialistisches Osteuropakomitee, Post, Ordner M–Q, Brief von Claus Peper, 01. 11. 1981.

¹³⁴ APO-Archiv, S 975, Rundbrief von Gerd Koenen, 20. 11. 1982 (Anlage).

¹³⁵ Diese Bezeichnung findet sich in einer Inhaltsangabe auf der *taz*-Titelseite vom 18. 02. 1982. Eingerichtet wurde die Spalte Anfang Januar und unter dem Motto polnischer Hungerstreikender: „Mit Herzen, Gedanken und Taten sind wir bei Euch“ (so der Untertitel der Ankündigung: Solidaritätsaktionen mit Solidarność, in: *taz* vom 04. 01. 1982, S. 5).

¹³⁶ [o. V.:] Solidaritätserklärung an das polnische Volk, in: *taz* vom 07. 01. 1982, S. 7.

anlagen,¹³⁷ aber auch landesweite Organisationen wie die Gustav-Heinemann-Initiative und das Komitee für Grundrechte und Demokratie.¹³⁸ Bei den von Einzelpersonen unterzeichneten Erklärungen handelt sich a) um ein Protestschreiben „[d]eutsche[r] und osteuropäische[r] Intellektueller“¹³⁹ und b) um einen Appell aus den Reihen der sozialdemokratischen Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS). Beide verlangten, die Inhaftierten freizulassen und die Menschen- und Bürgerrechte wiederherzustellen. Der Zweitgenannte forderte zudem, die Internierungslager aufzulösen und die „Hetzkampagnen gegen Solidarność“ zu beenden.¹⁴⁰

Betrachtet man die (knapp 60) namentlich greifbaren Unterstützer, so fallen zahlreiche personelle Überschneidungen mit der Initiative *Solidarität mit Solidarność* ins Auge. Zu nennen wären deren Mitinitiator Heinz Brandt, die Unterzeichner des Gründungsaufrufs Iring Fetscher, Ossip K. Flechtheim und Peter von Oertzen sowie die Unterstützer des späteren Appells „Solidarność vor Gericht“ Hans-Henning Hahn, Lew Kopelew, Jiří Kosta und Johano Strasser, Letzterer gemeinsam mit Heinrich Böll zudem die Verbindung zu einem offenen Brief, den die Herausgeber der Zeitschrift *L'80. Demokratie und Sozialismus* an Jaruzelski sandten und in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlichten. Darin verurteilten sie den „Gewaltakt“ des 13. Dezember und das Verbot der Solidarność, das ein „eklatanter Bruch“ der Vereinbarungen vom August 1980 sei. Auch forderten sie von Jaruzelski, Kriegerrecht und Gewerkschaftsverbot aufzuheben, die Inhaftierten und Verurteilten freizulassen bzw. zu amnestieren und „den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen in Polen wieder aufzunehmen“. Zu den Unterzeichnern des Briefs gehörten neben Böll und Strasser auch Tomaš Kosta, der schon den Gründungsaufwurf von *Solidarität mit Solidarność* unterzeichnet hatte, sowie Günter Grass und Carola Stern.¹⁴¹ Stern hatte in der Nachkriegszeit für den amerikanischen Militärgesundheitsdienst in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und der SED spioniert und nach ihrer Enttarnung im Westteil Berlins Politik studiert. Als Jour-

¹³⁷ [o. V.:] Solidarität mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung!, in: taz vom 08. 01. 1982, S. 5.

¹³⁸ [o. V.:] Appell an General Jaruzelsky [sic], in: taz vom 07. 01. 1982, S. 7.

¹³⁹ [o. V.:] Deutsche und osteuropäische Intellektuelle protestieren, in: taz vom 08. 01. 1982, S. 5.

¹⁴⁰ Vgl. ebd. sowie [o. V.:] Für eine Wiederherstellung der errungenen Freiheit in Polen, in: taz vom 12. 01. 1982, S. 3. Über das zweitgenannte Papier hatte bereits einige Tage früher die FAZ auf ihrer Titelseite berichtet: „Unter Berufung auf den Appell Heinrich Bölls hat eine Gruppe ‚demokratischer Sozialisten in der Bundesrepublik‘ insbesondere die SPD und die Gewerkschaften zum Protest gegen das polnische Militärregime aufgerufen.“ ([o. V.:] Professoren an die SPD: Bei Polen nichts beschönigen, in: FAZ vom 08. 01. 1982, S. 1). Im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung findet sich ein Entwurf dieses Appells, unter dem vermerkt ist: „Initiatoren u. Verfasser: /Jiří Kosta Vorstandsmitglied d. HDS/Fritz Vilmar Mitgl. d. Beirats d. HDS/verschickt an 32 führende HDS-Mitglieder mit Bitte um Unterzeichnung“ (AdsD, Dep. Kosta, Akte 5, Ms. „Für eine Wiederherstellung der errungenen Freiheiten in Polen“).

¹⁴¹ [o. V.:] Heben Sie das Kriegerrecht auf!, in: FR vom 26. 11. 1982, S. 2. Zu Günter Grass' Sympathien für Solidarność vgl. Bastian Hein: Das Gewissen der Nation? Günter Grass (Jg. 1927) als politischer Intellektueller, in: Bastian Hein/Manfred Kittel/Horst Möller (Hg.): Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte, München 2012, S. 311–324, hier S. 320.

nalistin schrieb sie über Menschenrechte in der SBZ/DDR und zählte zu den Gründern der 1961 ins Leben gerufenen westdeutschen Sektion von Amnesty International.¹⁴²

Ferner lassen die genannten Aufrufe Verbindungen zum *Friedensmanifest* '82 erkennen. Dieses artikulierte „Betroffenheit“ angesichts der „Ereignisse in Polen“ und äußerte „Sympathie für den Freiheitswillen des polnischen Volkes“,¹⁴³ womit es den Unmut des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ), einer Tarnorganisation der DKP, hervorrief.¹⁴⁴ Mit Vertretern des KOFAZ hatten einige Unterzeichner – so Petra Kelly und Gert Bastian – gemeinsam den Krefelder Appell unterschrieben. Ein anderer Unterzeichner des Manifests, Erhard Eppler, hatte sich dagegen mit Verweis auf den Einfluss der DKP geweigert, den Krefelder Appell zu unterstützen.¹⁴⁵ Eppler gehörte mit Heinrich Albertz zu jenen Sozialdemokraten, die sich in den Diskussionen um Polen um eine vermittelnde Position bemühten. Sie verteidigten einerseits die sozialdemokratische Entspannungspolitik, andererseits äußerten sie offen Sympathien für Solidarność und kritisierten das Kriegsrecht deutlicher, als führende SPD-Politiker dies taten.¹⁴⁶ Mit dieser Position stießen sie durchaus auf Kritik.¹⁴⁷ Das Friedensmanifest jedoch, das Eppler und Albertz mit 26 weiteren Prominenten aus der Friedensbewegung unterschrieben, wurde in der Presse als „klares Wort zu Polen“¹⁴⁸ gewürdigt. Berücksichtigt man ferner, dass über ein Drittel seiner Unterzeichner sich auch an anderen Aktionen beteiligten (so Ingeborg Drewitz, Helmut Gollwitzer, Petra Kelly, Oskar Lafontaine und Dorothee Sölle bei *Solidarität mit Solidarność*), kann das Friedensmanifest zumindest zum erweiterten Netzwerk der Unterstützer gerechnet werden.

Insgesamt wird an den Appellen und Aufrufen ein verzweigtes Netzwerk aktiver Unterstützer und Sympathisanten erkennbar, das weit über *Solidarität mit Solidarność* hinausreicht. Unter den mehr als 1 100 Beteiligten sticht dabei eine Gruppe von rund 23 Personen heraus, die sogar an mehreren Hilfsaktionen für die un-

¹⁴² Zur Biografie Carola Sterns vgl. Carola Stern – zu Leben und Werk, http://www.carola-stern-stiftung.de/person_01.htm [15. 12. 2014], sowie Carola Stern: Doppelleben. Eine Autobiografie, Köln 2001.

¹⁴³ [o. V.:] „Friedensmanifest '82“ vom 2. Februar 1982 (Wortlaut), in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1982, S. 382 f., hier S. 382.

¹⁴⁴ Vgl. Karl-Heinz Janßen: Ein klares Wort zu Polen. Die deutschen Atomwaffen-Gegner bemühen sich um politisches Profil, in: Die Zeit vom 12. 02. 1982.

¹⁴⁵ Vgl. Udo Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“, Münster 2003, S. 115.

¹⁴⁶ Vgl. Erhard Eppler: Jaruzelski beim Wort nehmen, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staack (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 83–85; Heinrich Albertz: Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden, in: ebd., S. 18–24. Beide Beiträge waren zuvor in linken Periodika erschienen.

¹⁴⁷ So machte der Verfasser eines unveröffentlichten Leserbriefs seiner „Wut“ über die Äußerungen Epplers und Albertz' (s. Anm. 146) Luft, die er als Ausdruck einer verbreiteten „Doppel-moral“ wertete, die schlicht zum „Kotzen“ sei (FSO, HA-PL: dok, Solidarität mit Solidarność, Reader aus Anlaß der Mitgliederversammlung der Alternativen Liste [AL] am 12. 2. 1982 zum Thema Solidarität mit Solidarność, Dokument „F 6“).

¹⁴⁸ Janßen, Ein klares Wort zu Polen, Die Zeit vom 12. 02. 1982.

abhängige Gewerkschaftsbewegung mitwirkten (s. Anhang Abb. 3, dunkelrote Punkte). Darüber lassen sich zahlreiche Personen auch in späteren Initiativen wiederfinden, die in den Kapiteln III bis V vorgestellt werden. Verbindungslinien zeigen sich etwa zur blockübergreifenden *Erklärung für den Frieden* von 1984, zu den Gesprächen zwischen der SPD-Grundwertekommission und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, zum Austausch zwischen Sozialdemokraten und mittelosteuropäischen Exilanten in Freudenberg, zu den Planungen der Grünen für einen großen Perestrojka-Kongress Ende der 1980er Jahre, zum Aufruf *Für euer Land* aus dem deutsch-deutschen Umbruch 1989/90 und zu den Bemühungen um eine neue Verfassung für das vereinte Deutschland Anfang der 1990er Jahre (s. Anhang Abb. 3, hellrote Punkte).

Personelle Überschneidungen wies dieses Netzwerk von Solidarność-Unterstützern mit früheren Hilfskampagnen für Dissidenten im Ostblock auf. Abb. 4 im Anhang zeigt blaugrün die Schnittmenge der Solidarność-Solidarität insgesamt mit zwei Unterstützungsaktionen der 1970er Jahre, konkret für den späteren Solidarność-Aktivisten Adam Michnik sowie für den DDR-Dissidenten Rudolf Bahro.

2.2 Transnationale gefühlte Gemeinschaft: Solidarność und die westdeutschen Unterstützer

Auch was ihre transnationalen Bezüge angeht, lässt sich die Solidarność-Solidarität durchaus als Netzwerk verstehen. Bundesrepublikanische Unterstützer reisten bspw. nach Polen und knüpften dort Kontakte, so Gerd Koenen vom Frankfurter Koordinationsausschuss.¹⁴⁹ Darüber hinaus waren prominente Unterstützer von *Solidariät mit Solidarność* mit zentralen Figuren der unabhängigen Gewerkschaft persönlich bekannt. So hatte Wolf Biermann 1977 mit Adam Michnik (sowie Rudi Dutschke und Jiří Pelikán) bei einer Solidaritätsaktion für die tschechoslowakische Charta 77 gemeinsam auf dem Podium gesessen.¹⁵⁰ Zugleich kamen Solidarność-Vertreter in die Bundesrepublik und sprachen auf Solidaritätsveranstaltungen.¹⁵¹

Dennoch liegt auf der Hand, dass wohl nicht alle der (mehreren hundert) westdeutschen Unterstützer direkt mit Mitgliedern der Solidarność in Kontakt kamen. Umso wichtiger waren vermutlich Techniken, die ein *Gefühl* von Zusammengehörigkeit und Verbundenheit stiften mochten. Ablesbar wird dies bereits, wenn die *taz* ihre „Solidaritätsspalte“¹⁵² unter dem Motto: „Mit Herzen, Gedanken und Taten sind wir bei Euch“ ankündigte.¹⁵³ Auch liefert die Publizistik von *Solidariät*

¹⁴⁹ Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution, 1967–1977*, Frankfurt am Main 2001, S. 13.

¹⁵⁰ Vgl. Robert Brier (Hg.): *Entangled Protest. Transnational Approaches to the History of Dissent in Eastern Europe and the Soviet Union*, Osnabrück 2013, S. 7.

¹⁵¹ Vgl. *taz* vom 19. 01. 1982, S. 6 (Solidaritätsspalte).

¹⁵² *taz* vom 18. 01. 1982, S. 1.

¹⁵³ So der Untertitel des einleitenden Artikels (Solidaritätsaktionen mit Solidarność). Das Motto stammte von polnischen Hungerstreikenden, die in Köln gegen das Kriegsrecht protestierten.

mit *Solidarność* zahlreiche Hinweise auf solche Techniken. Diese sollen im Folgenden als Emotionsmanagement, das heißt als soziale Praktiken, die der Hervorbringung und Modellierung von Gefühlen dienten, genauer untersucht werden. Im Mittelpunkt steht dabei ein Set an „Materialien“, das die Initiative vertrieb.¹⁵⁴ Dieses Set lässt sich als Medienensemble verstehen, das auf verschiedenen Ebenen für unterschiedliche Anlässe Objekte bereithielt, die die Herstellung und Aufrechterhaltung einer *transnationalen gefühlten Gemeinschaft* ermöglichen sollten.¹⁵⁵

Zu diesem Medienensemble, das fortlaufend erweitert wurde, gehörten der Gründungsauftrag der Initiative¹⁵⁶ und die Broschüre *Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność*. Die Broschüre enthielt neben dem Gründungsauftrag Berichte westlicher Gewerkschafter von Reisen nach Polen sowie Interviews mit Vertretern und Originaldokumente der unabhängigen Gewerkschaft.¹⁵⁷ Zudem waren Anstecker erhältlich, die das Logo von *Solidarität mit Solidarność* zeigten. Von diesen Buttons kann man mit Sven Reichardt als „international lesbaren Erkennungszeichen“ sprechen: Das Anstecken hatte Bekenntnischarakter und gewährleistete, dass die Aktivisten sich gegenseitig als solche registrierten und auch von Dritten als *Solidarność*-Unterstützer erkannt wurden. Das Tragen lässt sich als performativer Rückgriff auf ein Zeichensystem verstehen, das die eigene Gemeinschaft im Alltag (also auch jenseits der eigentlichen Solidaritätsarbeit) sichtbar machte und damit zugleich nach außen abgrenzte. Den bilingualen Schriftzug „Solidarität mit Solidarność“ am Körper zu tragen, hob zudem (Sprach-)Grenzen blockübergreifend auf und verknüpfte das eigene Engagement sichtbar mit dem der polnischen Gewerkschaftsbewegung. Gerade im linksalternativen Milieu eignete Buttons zudem generell etwas Subversives. Mit ihnen „kreierte man unter den Teilnehmenden durch ausgrenzende symbolische Differenzbildung und gemeinsamen Wertbezug eine bestimmte kollektive Identität“, so Reichardt.¹⁵⁸

Die Anstecker der Initiative besaßen zudem hohen Wiedererkennungswert, insofern sie mit dem eigenen Logo zugleich den Original-Schriftzug der *Solidarność* zeigten (s. analog Abb. 2). Wie markant dieser Schriftzug mit seinen charakteristischen Lettern war, illustrieren die vielen Adaptionen, die er im Lauf der Zeit evozierte. So finden sich Abwandlungen bspw. hin zu „Totalitarność“,¹⁵⁹ deren

¹⁵⁴ Aufgelistet im zentralen Aufruf „Solidarität mit Solidarność“ in der – wohl auf Frühjahr 1981 zu datierenden – Flugschriftfassung (hier S. 3), die in APO-Archiv, S 975, überliefert ist.

¹⁵⁵ Das Potenzial zumal von Musik, das Gefühl von Zusammengehörigkeit über Landesgrenzen hinweg zu generieren, analysiert Nikolaos Papadogiannis: A (Trans)National Emotional Community? Greek Political Songs and the Politicisation of Greek Migrants in West Germany in the 1960s and early 1970s, in: *Contemporary European History* 23 (2014), Nr. 4, S. 589–614.

¹⁵⁶ Aufruf „Solidarität mit Solidarność“, Flugschriftfassung (hier S. 3), APO-Archiv, S 975.

¹⁵⁷ [o. V.:] *Gewerkschafter fordern: Solidarität mit Solidarność*. Reiseberichte Interviews, Dokumente, Frankfurt am Main 1981.

¹⁵⁸ Sven Reichardt: *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014, S. 645.

¹⁵⁹ Aufkleber der oppositionellen Gewerkschaft „Solidarnosc“ aus Polen mit einer Karikatur auf die Militärherrschaft, Deutsches Historisches Museum, Inventarnr. Do2 2003/913.

Abb. 1: Signet

Quelle: taz vom 12. 02. 1982, S. 1



Relation zum Original jedoch zweifelsfrei erkennbar blieb. Zudem betitelte die *taz* ihre „Solidaritätsspalte“ für Solidarność – wohl auch aus Platzgründen – mit dem kürzeren Motto „Solidarität mit Polen“,¹⁶⁰ verwies aber durch den gewählten Schrifttyp eindeutig auf die unabhängige Gewerkschaft. Deren Name war demnach, in den charakteristischen roten Lettern gesetzt, auch in der deutschen Übersetzung klar zu identifizieren. Der hohe Wiedererkennungswert zeigt sich auch daran, dass die Lettern selbst zum dekontextualisierten Gebrauch taugten: In der *taz* findet sich ein Signet „Solidarität – „Waffen für El Salvador““ (Abb. 1), das erkennbar das Engagement der Zeitung für Polen und Mittelamerika miteinander verknüpfte, ohne dafür den Namen „Solidarność“ überhaupt erwähnen zu müssen.

Ferner gab es Aufkleber und Plakate, die zum einen der Mobilisierung dienten, zum anderen die Demonstration von Zusammengehörigkeit ermöglichten. Die Plakate zeigten das Titelmotiv des berühmten Films *Robotnicy '80* („Arbeiter '80“), der im Juli 1981 auf einer Pressekonferenz erstmals vorgestellt wurde und fortan zum Verleih bereitstand. Mitglieder der Initiative hatten den Film ins Deutsche übertragen. Gerd Koenen empfahl ihn als ein Angebot an alle, die wissen wollten, was bei den Auguststreiks wirklich vorgefallen war, und nicht der Polen-Berichterstattung im staatlichen Rundfunk vertrauen wollten.¹⁶¹ Tatsächlich kann der Film „bis heute als die beste und authentische Darstellung der Ereignisse in Danzig gelten“. ¹⁶² Öffentliche Vorführungen sind unter anderem aus München und Kassel überliefert. Der Film konnte aber auf VHS-Kassette bezogen und privat vorgeführt werden. Das Plakat ist demnach mit konkreten Veranstaltungen und Zusammenkünften zu assoziieren und lässt sich damit auch als Möglichkeit verstehen, temporäre Gemeinschaftserlebnisse in Erinnerung zu halten, indem einerseits die gemeinsame Teilnahme an Filmvorführungen, andererseits die cineastisch vermittelte Teilhabe an den polnischen Streiks zeitstabil repräsentiert wurden. In jedem Fall verwies das Motiv des Plakats auf die bewegten Bilder des Films als „authentische“ Dokumentation des Geschehens hinter dem „Eisernen Vorhang“ – wohl auch für Betrachter, die *Robotnicy '80* nicht gesehen hatten.

¹⁶⁰ *taz* vom 18. 01. 1982, S. 4.

¹⁶¹ Koenen, Pressekonferenz zur weiteren „Solidarität mit Solidarność“.

¹⁶² Vgl. Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 207.



Abb. 2: Solidaritätspostkarte der Kampagne Solidarität mit Solidarność, vermutlich 1981
Quelle: APO-Archiv, S 975, Künstler: Klaus Pitter

Um Zusammengehörigkeit und Verbundenheit drehte sich auch eine Solidaritätspostkarte, die zum Medienensemble der Initiative gehörte. Sie konnte „an polnische Gewerkschaftskomitees“ verschickt werden; eine Adressliste gehörte zum Lieferumfang.¹⁶³ Die Karte trug das Logo von *Solidarität mit Solidarność* und zeigte auf der Vorderseite eine Menschenkette, die sich selbst von einer stacheldrahtbewehrten Mauer nicht trennen ließ, sondern durch diese hindurch zusammenhielt (s. Abb. 2). Auf der Rückseite hieß es auf Deutsch und Polnisch: „Die Stärke der Arbeiter liegt in der Solidarität – auch über Landesgrenzen hinweg. Daher erklären wir: als Arbeiter und Gewerkschafter sind wir solidarisch mit ‚Solidarność‘.“¹⁶⁴ An der Karte lässt sich deutlich das schon im Gründungsaufwurf ausgedrückte Bemühen der Initiative ablesen, den „Eisernen Vorhang“ zu perforieren und die Blockkonfrontation – im Wortsinne – zu untergraben, um gemeinsam mit Solidarność für eine „sozialistische Demokratie“ in „Ost“ und „West“ zu streiten. Zudem findet sich das fiktive Bildprogramm einer auch physischen Verbindung der polnischen Gewerkschafter mit ihren westdeutschen Unterstützern.¹⁶⁵ Dieses

¹⁶³ Alle Hinweise sind dem zentralen Aufruf „Solidarität mit Solidarność“ in der (wohl auf Frühjahr 1981 zu datierenden) Faltblattfassung entnommen, die in APO-Archiv, S 975, überliefert ist.

¹⁶⁴ Die Postkarte findet sich in: APO-Archiv, S 975.

¹⁶⁵ Die DDR ist interessanterweise ausgelassen.

Bildprogramm war zwar fiktiv, bezog sich aber auf reale leibliche und emotionale Erfahrungen. Denn Menschenketten waren etwa aus der Friedensbewegung vertraut und können mit Bernhard Gotto als Medium gefühlter Vergemeinschaftung interpretiert werden: Sie „suggerierten dem Einzelnen, dass er nicht allein war, sondern Teil einer großen, kraftvollen Bewegung. Sie halfen, die Engagierten zu emotionalen Gemeinschaften zusammenzuschließen.“¹⁶⁶

Dass solche medialen Programme gerade auch emotionaler Vergemeinschaftung dienten, mithin als Emotionsmanagement zu lesen sind, soll abschließend am Einsatz von Musik innerhalb der Solidaritätsarbeit noch genauer gezeigt werden. In kulturhistorischer Perspektive kann Musik zu den wichtigsten „emotionalen Bindemitteln“ zumal unter westdeutschen Linken gerechnet werden. Denn „Politik und Musik gehörten bei den Linksalternativen zusammen“, so etwa Sven Reichardt. Viele linke Einrichtungen, bspw. Jugendzentren, zeichneten sich durch eine Mischung aus politischen und musikalischen Veranstaltungen aus. Häufig erfolgte auch eine performative Verschränkung beider. So rezitierte die Band *Ton Steine Scherben* bei ihren Konzerten regelmäßig Mao-Texte zwischen den Songs.¹⁶⁷

In der *Solidarność*-Solidarität spielte Musik auf zweierlei Weise eine Rolle: Erstens gab es Live-Konzerte, etwa von Wolf Biermann, der bereits den Gründungsauftrag von *Solidarität mit Solidarność* unterzeichnet hatte. Biermann war schon bei früheren Solidaritätsaktionen aufgetreten, so 1977 zur Unterstützung der Charta 77.¹⁶⁸ Für *Solidarność* spielte er etwa bei der West-Berliner Volksuni 1981¹⁶⁹ und auf einer Veranstaltung der DGB-Jugend zu Ostern 1982, die seinetwegen vorab von der DKP torpediert wurde.¹⁷⁰ Auch der polnische Liedermacher Jacek Kaczmarski trat bei Solidaritätsveranstaltungen auf.¹⁷¹ Die Bedeutung solcher Auftritte für den Zusammenhalt, das Gemeinschaftsgefühl und die Verbundenheit der Aktivisten mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung ist nicht hoch genug zu veranschlagen. Gerd Koenen bezeichnete ein Konzert Kaczmarskis als besonderes „Erlebnis“ und verwies auf den „Assoziationsreichtum“ und das „große starke Pathos“ seiner Lieder.¹⁷² Der Schauspieler Martin Feifel erinnert sich an das Kölner Konzert Biermanns von 1976: „Er weckte bei mir ein Gefühl, dass man sich wehren kann.“¹⁷³ Auf Seiten der Linken, zumal im alternativen Milieu, „begleitete [Musik] die politischen Proteste auf symbolischer und habituellem Ebene. [...] Der

¹⁶⁶ Bernhard Gotto: Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren, in: VfZ 62 (2014), S. 1–33, hier S. 28.

¹⁶⁷ Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 598–604 (Zitate: S. 603 f.).

¹⁶⁸ Brier (Hg.), *Entangled Protest*, S. 7.

¹⁶⁹ Vgl. Koenen, Pressekonferenz zur weiteren „Solidarität mit Solidarność“.

¹⁷⁰ [o. V.]: Miese Methoden des DKP-Spektrums, in: taz vom 08.03.1982, S. 3.

¹⁷¹ StAufarb, Dep. Edward Klimczak, Akte 15, Flugblatt „Zehn Punkte zur Solidarität mit Solidarność“, Rückseite („Aufruf der DGB-Jugend zu Ostern ’82“).

¹⁷² Vgl. Gerd Koenen: Zweite Konferenz der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność“ und die Ergebnisse, in: KVZ 11/1982, S. 8.

¹⁷³ Martin Feifel: Klassik, Pop etc., gesendet im Deutschlandfunk, 23.01.2016.

Sound war in seiner sozialen Bindungs- und Mobilisierungsfunktion kaum zu überschätzen“,¹⁷⁴ urteilt Sven Reichardt.

Neben Konzerten gab es, zweitens, auch Tonträger. Diese machen besonders deutlich, dass die angestrebte gefühlte Gemeinschaft sich nicht auf die Bundesrepublik beschränkte, sondern entschieden transnational gedacht war. So vertrieb *Solidarität mit Solidarność* auch Aufnahmen Kaczmariskis mit polnischem und deutschem Textbuch.¹⁷⁵ Kaczmariski hatte mit *Mury* („Mauern“) bereits 1978 ein Lied geschrieben, das schnell zur „Hymne der Solidarnosc-Ära“¹⁷⁶ werden sollte. Darin heißt es:

„Er war jung und voller Ideen, die anderen waren unzählig viele
Er gab ihnen Kraft mit seinem Lied, er sang: ‚Die Morgendämmerung kommt bald‘
Tausende Kerzen entzündeten sie für ihn, über den Köpfen erhob sich der Rauch
Er sang: ‚Die Zeit ist reif, die Mauern müssen fallen‘, sie sangen mit ihm

Reiß die Gitterstäbe aus den Mauern
Spreng die Fesseln, zerbrich die Peitsche
Und die Mauern werden fallen, fallen, fallen
Und die alte Welt wird begraben!“¹⁷⁷

Dieses Lied beschwört nicht nur die Macht der Musik (die Reichardt allgemein auf deren „ungeheure Emotionalität“¹⁷⁸ zurückführt). In ihm findet sich zudem das Zentralmotiv der Bildpostkarte von *Solidarität mit Solidarność* wieder: In beiden Fällen wird die Überwindung von Mauern als subversives Gemeinschaftswerk geschildert.

Noch klarer erkennbar ist das Emotionsmanagement der Aktivisten an der Langspielplatte *Polnischer Sommer. Lieder der neuen polnischen Gewerkschaftsbewegung*, die auch ein Stück von Kaczmariski enthielt.¹⁷⁹ Sie kann für sich genommen schon als Medienkombination gelten, die multisensorisch Verbindungen zwischen Solidarność und den westdeutschen Unterstützern herstellte. Bereits der eigentliche Tonträger enthielt neben Liedern und Chorälen auch Soundscapes, die die Klangkulisse der polnischen Streikzentren einfingen. Hinzu traten gesprochene Texte, die das Geschehen vor Ort einordneten. Zu dieser akustischen Mixtur kamen optische Reize. Das Coverfoto zeigte eine Gruppe (offenbar streikender)

¹⁷⁴ Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 604.

¹⁷⁵ Vgl. APO-Archiv, S 975, Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 8 (1983), S. 24.

¹⁷⁶ Robert Baag: Die unwiderstehliche Wut der polnischen Werftarbeiter (31.08.2005), http://www.deutschlandfunk.de/die-unwiderstehliche-wut-der-polnischen-werftarbeiter.724.de.html?dram:article_id=98257 [31.03.2016].

¹⁷⁷ „On natchniony i młody był ich nie policzyłby nikt / On im dodawał pieśnią sil śpiewał że blisko już świt / Świec tysiące palili mu znad głów unosił się dym / Śpiewał że czas by runął mur oni śpiewali wraz z nim // Wyrwij murom zęby krat / Zerwij kajdany połam bat / A mury runą runą runą / I pogrzebią stary świat!“ (zit. nach [o. V.]: Jacek Kaczmariski – „Mury“, <https://www.freitag.de/autoren/ypa/jacek-kaczmariski-mury> [31.03.2016], dort auch die Übersetzung ins Deutsche, der hier gefolgt wird).

¹⁷⁸ Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 603.

¹⁷⁹ Vgl. Koenen, Zweite Konferenz. Es handelt sich um das Lied *Landschaft nach der Großen Party* bzw. *Landschaft nach dem Festmahl*.



Abb. 3: Langspielplatte *Polnischer Sommer* (Eigelstein 1981)

polnischer Arbeiter und trug das Originallogo der *Solidarność*. Dies ist als Mittel zur Authentifizierung zu lesen, die sich auf der Rückseite fortsetzte. Dort befanden sich der Augenzeugenbericht eines westlichen Besuchers und weitere Fotos, darunter ein Porträt Lech Wałęsas am Telefon. Der Sprechgeste des porträtierten Gewerkschaftsführers korrespondierte eine Grußadresse desselben, die nebenstehend auf Polnisch und Deutsch abgedruckt war. Mit Wałęsas Unterschrift versehen, autorisierte sie den Inhalt der Platte – und lautete in der deutschen Fassung: „Die Lieder und Gedichte, die während des Streiks geschaffen wurden, hielten unsere Solidarität hoch und führten uns zum Sieg. Wir möchten gerne, daß die Freunde dieser Freiheit in der ganzen Welt an dieser Erfahrung teilhaben, wenn sie diese Platte hören.“ (Abb. 3).

Wie die Worte Wałęsas zeigen, diente die Aufnahme ausdrücklich der Herstellung grenzüberschreitender Teilhabe und Gemeinschaft. Dass es dabei um die blockübergreifende Verknüpfung von *Emotionen* ging, verdeutlicht Wałęsas Grußadresse in ihrer polnischen Originalfassung. Deren Wortlaut weicht minimal ab und lautet wörtlich übersetzt: „Die Lieder und Gedichte, die während des Streiks entstanden, haben in uns den Geist der Solidarität hochgehalten und zu unserem Sieg beigetragen. Ich möchte gerne, daß alle Leute, die die Freiheit lieben, unsere *Gefühle* teilen können, indem sie diese Platte hören.“¹⁸⁰

Die Langspielplatte verweist damit auf ein aktives Emotionsmanagement, das der Herstellung einer transnationalen gefühlten Gemeinschaft diene. Gerade Musik wurde dabei ein hoher Stellenwert beigemessen. Von ihrem Einsatz versprachen sich die Aktivisten eine Stärkung von Engagement und Zusammenhalt

¹⁸⁰ Hervorhebung: K. S.; Originallaut: „Pieśni i poezje, które powstały w czasie strajku podtrzymywały w nas ducha solidarności i przyczyniły się do naszego zwycięstwa. Chciałbym by wszyscy ludzie miłujący wolność mogli podzielić nasze uczucia słuchając tej płyty.“

über Landes-, Sprach- und Systemgrenzen hinweg. Musik schien in besonderer Weise geeignet zu sein, blockübergreifende Solidarität herzustellen und aufrechtzuerhalten. Insgesamt bot das Medienensemble, das die „Materialien“ von *Solidarität mit Solidarność* darstellen, mit Texten, Plakaten, Buttons, Aufklebern, Film und Musik eine Vielzahl von „emotionalen Bindemitteln“,¹⁸¹ welche die Identifikation mit Solidarność, die virtuelle Teilhabe am Geschehen in Polen und die Hervorbringung und Artikulation von Gefühlen der Verbundenheit ermöglichten.

Erfolge und Enttäuschungen der Aktivisten

Dass mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen das wichtigste Anliegen der Solidarność-Unterstützer – zum Erfolg der unabhängigen Gewerkschaft beizutragen und ihre Unterdrückung zu verhindern – scheiterte, liegt auf der Hand. Entsprechend finden sich auch vielfach Enttäuschungsäußerungen. Petra Kelly etwa ging auf die Reaktionen innerhalb der Friedensbewegung ein:

„In den vielen Friedenswochen, die ich besucht habe, auf den vielen Friedensveranstaltungen, hatte ich immer deutlich heraushören können, wieviel aufrichtige Hoffnung die Menschen in dieser unabhängigen Friedensbewegung in die fortschrittlichen Programmziele der Solidarność nach Arbeiterselbstverwaltung und einer ‚selbstverwalteten Republik‘ investiert hatten. Die Solidarność-Bewegung vor dem 13. Dezember 1981 hatte uns allen zuerst Hoffnung gegeben, daß eine Veränderung gesellschaftlicher und politischer Strukturen auch im Rahmen der Blöcke angestrebt werden kann. Doch nach dem 13. Dezember 1981 wissen wir erneut, daß im Einflußbereich der Supermächte gesellschaftliche Erneuerung kaum möglich ist.“¹⁸²

In welche Richtung eine solche gesellschaftliche Erneuerung weisen sollte, ist aus Kellys Bild der Solidarność zu ersehen, das semantisch eng mit dem damaligen Selbstverständnis der Grünen korrespondierte. Umschrieb Kelly das Ziel ihrer eigenen Partei als „eine Form von ökologisch-selbstverwaltetem emanzipativem Sozialismus“,¹⁸³ galt ihr Solidarność als eine Bewegung, deren Forderungen ähnlich lagen und deshalb auch auf die Bundesrepublik zu übertragen seien: „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung – sie machen frei, sie setzen auf Befreiung und Mündigkeit. Sie sind ein Stück verwirklichter humaner Sozialismus.“¹⁸⁴ Demnach sah Kelly, hierin ähnlich den Experten des BIOst (s. o.), Solidarność nicht als antisozialistische Kraft – sondern als Exponentin einer durchaus sozialistischen Emanzipationsbewegung, die auch im Westen Not tue und der sie auch die Grünen zurechnete.

¹⁸¹ So die auf Musik im linksalternativen Milieu bezogene Formulierung bei Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft, S. 604

¹⁸² Petra Kelly: Polen-Krise und Friedensbewegung, in: dies.: Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, Bornheim-Merten 1983, S. 87–93, hier S. 88.

¹⁸³ [o. V.:] „Wir sind die Antipartei-Partei“. Petra Kelly über die politische Strategie der Grünen, in: Der Spiegel 24/1982, S. 47–56, hier S. 56.

¹⁸⁴ Kelly, Polen-Krise, S. 91. Der in Kellys Formulierung „humaner Sozialismus“ anklingende Bezug auf den Prager Frühling 1968 wurde bei den Grünen insbesondere durch den Achberger Kreis relevant (s. u., S. 109).

Wenn es knapp zehn Jahre nach der Verhängung des Kriegsrechts doch noch zu einer Demokratisierung Polens unter Beteiligung der unabhängigen Gewerkschaft kommen sollte, so doch unter gänzlich veränderten Vorzeichen und keineswegs im Sinne einer „sozialistische[n] Demokratie“. Eine späte Erfüllung der Hoffnungen, die der Solidaritätsarbeit eingangs der 1980er Jahre zugrunde lagen, kann hierin nicht oder nur zum Teil gesehen werden, wie Petra Kellys Äußerungen zeigen. Dass jedoch der DGB 1981 Lech Wałęsa nach Deutschland einlud – der Besuch sollte wegen des Kriegsrechts nicht mehr stattfinden¹⁸⁵ – und umgekehrt seinen Auslandssekretär Erwin Kristoffersen zum Solidarność-Kongress nach Polen entsandte,¹⁸⁶ entsprach den monatelangen Forderungen der Aktivisten. Ob ein (wie auch immer gearteter) Zusammenhang bestand, scheint fraglich, auch finden sich hierfür keine Belege. Verfehlt wäre es sicherlich, die Kontakte, die der DGB fortan – die gesamten 1980er Jahre hindurch – zu Solidarność unterhielt, als Ergebnis der Appelle von *Solidarität mit Solidarność* zu interpretieren. Weit plausibler scheint die These Stefan Müllers, der DGB habe in diesem Punkt als „parastaatlicher“ Akteur gehandelt, insofern er in enger Abstimmung mit dem Kanzleramt (auch unter Helmut Kohl) die Ost- und Deutschlandpolitik der jeweils amtierenden Bundesregierung unterstützte – auch mit seinen Beziehungen zu Solidarność.¹⁸⁷

Wenn auch, wie Petra Kellys Äußerungen zeigen, die Verhängung des Kriegsrechts eine Enttäuschung für die Aktivisten bedeutete, betrieben diese dennoch ein Erwartungsmanagement, das der Aufrechterhaltung des eigenen Engagements dienen sollte (s. o.). Das Beispiel Kellys signalisiert insofern, dass auch bei den Grünen (und bei der Friedensbewegung) eine „Erwartungsvereisung“¹⁸⁸ als Folge der „Polen-Krise“ zu beobachten ist. Dies verweist auf die Persistenz einer „gesamt-europäischen Friedensordnung ohne Blöcke“¹⁸⁹ als Ziel grüner Friedenspolitik in den 1980er Jahren, wie es sich etwa in einer Kongressankündigung von 1986 festgeschrieben findet: „Europäisierung‘ kann für die DIE GRÜNEN nur die Emanzipierung der westeuropäischen und osteuropäischen Gesellschaften und Staaten von ihren jeweiligen Militärblöcken bedeuten mit dem Ziel eines entmilitarisierten und blockfreien Europas.“¹⁹⁰ Mit der Niederschlagung der Solidarność 1981 ist jedenfalls kein Abschmelzen dieses Erwartungshorizonts zu assoziieren. Eher stabilisierte sich dieser, sodass er im Zuge der Gorbatschow-Reformen und der

¹⁸⁵ Vgl. Boll, Zwischen politischer Zurückhaltung, S. 201.

¹⁸⁶ Vgl. ebd., S. 203.

¹⁸⁷ Müller, DGB und Ostpolitik, insgesamt und speziell S. 227. Der Beginn der Kontakte ist hieraus jedoch kaum zu erklären.

¹⁸⁸ Heinrich Popitz: Realitätsverlust in Gruppen, in: ders.: Soziale Normen, hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt am Main 2006, S. 175–186, hier S. 178.

¹⁸⁹ Ebd., S. 92.

¹⁹⁰ FSO, HA-CS Pauer, J., Box „Die Grünen und die Opposition in Osteuropa“ (o. Sign.), darin Mappe „Die Grünen und die Opposition in Osteuropa / Bd. 1“, Faltblatt „Die Grünen / Kongress: / Für ein anderes Europa / Ein Europa ohne Blöcke / Friedensfähig nach innen / Und außen / Der durchlässigen Grenzen / Der Regionen/Köln 28.–30. 11. 86“, S. 2.

Umbrüche in Ostmitteleuropa 1989/90 bald aktualisiert werden konnte – ebenso wie die Utopie eines humanen Sozialismus¹⁹¹ (s. Kap. IV).

Worüber die Aktivisten Enttäuschung artikulierten, waren erstens Konflikte innerhalb des Unterstützerspektrums. So klagte die trotzkistische GIM intern über „Krachs“ mit und „spalterisches“¹⁹² Verhalten von anderen Gruppen. Zweitens ging es um die mangelnde Resonanz in der westdeutschen Öffentlichkeit (und speziell auf Seiten der Linken). Dies lassen bereits die unzähligen Artikel aus dem Kontext der Initiative erkennen, die um dieses Thema kreisten.¹⁹³ Eignet solchen Wortmeldungen zumeist ein abstrakt-theoretisches Vokabular und politisch-strategischer Fokus, der aus negativer Erfahrung stets positive Handlungsperspektiven zu entwickeln sucht, lässt die fassbare private Korrespondenz auch persönliche Frustration aufscheinen. So berichtete Winfried Wolf bereits im Frühjahr 1981 in einem Brief an Peter von Oertzen: „Teilweise ist die Polen-Solidaritätsarbeit deprimierend; teilweise erfreulich. Deprimierend, weil viele Linke hier den Schwanz oder sonstige Gliedmaßen einkneifen.“¹⁹⁴ Im Falle Heinz Brandts ist von einer tiefen Enttäuschung über den geringen Zuspruch für Solidarność auszugehen, die sich mit einer immer größeren Abneigung gegen die Sowjetunion paarte.¹⁹⁵ Aus der Berliner Ortsgruppe des Sozialistischen Büros hieß es über eine lokale Solidarność-Veranstaltung, diese sei „ein extremes Negativ-Erlebnis“¹⁹⁶ gewesen. Der Sekretär der Ortsgruppe erwähnte sie als Beispiel für einen „hohen organisatorischen Aufwand und geringe politische Bestimmung des Inhalts und eine diffuse Adressaten-Orientierung“, wie überhaupt bei vielen Aktionen mit SB-Beteiligung kaum eigene Mitglieder, dafür aber umso mehr Außenstehende teilnahmen. Entscheidend war für ihn offenbar der – fehlende – Gewinn für die eigene, erodierende¹⁹⁷ Organisation. Deutlich wird hieran, dass die Solidarność-Hilfe auch, wenn nicht der eigenen

¹⁹¹ So erklärte Kelly 1989 angesichts der „gewaltfreie[n] Revolution“ in der DDR mit demonstrativer Sympathie, die dortigen Oppositionsgruppen seien angetreten, „einen ökologischen Sozialismus mit wahrhaft menschlichem Antlitz, ein radikaldemokratisches Gesellschaftssystem, welches jenseits von Kommunismus und Kapitalismus liegt, zu erschaffen.“ (Die Grünen im Bundestag: Die Demokratiebewegung in der DDR – ein Lehrstück in sozialer Verteidigung. Die Vernunft der Straße siegt, Pressemitteilung Nr. 946/89 vom 13. 11. 1989, S. 1).

¹⁹² Afas, Bestand Trotzkisten, Paket „PB 1980/81 Material/PB 1981/82 Material/Kontrollkommission 1970–77/Div.: ISA, KL, TMRI, SL – 1980“ (o. Sign.), Winfried Wolf: Informationen zur Polen-Solidaritätsarbeit, dat. 21. 06. 1981.

¹⁹³ Vgl. etwa Wolfgang Gukelberger/Frieder Otto Wolf: Polen-Solidarität und sozialistische Politik, in: *Moderne Zeiten* 1/1982, S. 19–21; Ralf Fücks: Polen und die Linke, in: *Moderne Zeiten* 2/1982, S. 26 f.; Gerd Koenen: Die schwierige Solidarität mit Solidarność, in: *KVZ* vom 04. 05. 1981, S. 6; Mackenbach, „... den Warschauer Putsch stillschweigend hinnehmen ...?“.

¹⁹⁴ Vgl. LUH, Akz. 2009/09, Sign. 8/6, Winfried Wolf an Peter von Oertzen, 22. 04. 1981.

¹⁹⁵ Vgl. Andresen, Widerspruch als Lebensprinzip, S. 326.

¹⁹⁶ IfZ-Archiv, Sign. 370, Berlin: Protokoll des SB-Plenums vom 25. Juni '81 zum Thema „Den Laden zumachen?“, in: SBK. SB Korrespondenz. Informationsrundbrief des Sozialistischen Büros, Nr. 73 (5. 11. 1981), S. 9 f., hier S. 9.

¹⁹⁷ Vgl. ebd. Zur Bedeutung des SB für die Formierung der Grünen vgl. Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 180.

Agitation, so doch der Entwicklung linker Perspektiven in der Bundesrepublik selbst dienen sollte. Soweit dies misslang, scheiterte (neben der Stärkung der *Solidarność*) eine weitere Hoffnung, die dem Engagement bei *Solidarität mit Solidarność* zugrunde lag.

Demgegenüber ist die Verhängung des Kriegsrechts als Enttäuschung *und* Bestätigung zu lesen. Schließlich war die Befürchtung einer gewaltsamen Unterdrückung von *Solidarność* von Anfang an präsent und bildete eine der wichtigsten kalkulativen Erwartungen. Dass sich die Aktivisten, obwohl (oder gerade weil) sie mit einer Invasion oder Militärdiktatur rechneten, für *Solidarność* einsetzten, zeugt von dem hohen Stellenwert, dem sie deren Erfolg – auch für die eigene Arbeit – beimaßen. Zugleich kommt darin der Wille zum Ausdruck, *Solidarność* ihr späteres Schicksal ersparen zu helfen. Dass die Gewerkschaft und die westliche Hilfe zu schwach blieben, um dem polnischen Regime die Stirn zu bieten, erscheint denn auch als die größte Niederlage der Initiative. Dass sich jedoch die an *Solidarność* gebildeten – oder auf sie projizierten – Erwartungen zumeist als enttäuschungsfest erwiesen (s. u.), zeigt auch die monatelange Fortführung des Engagements zunächst noch während des Kriegsrechts.

Ringens um Authentizität: Die Publizistik der Initiative

Fragt man nach dem Erwartungsmanagement im Kreis der Unterstützer, so empfiehlt sich zunächst ein Blick auf die Entstehungszusammenhänge ihrer Veröffentlichungen. Dort lässt sich ein großes Bemühen um Authentizität feststellen, was die gebildeten Erwartungen gleichsam autorisieren sollte. Neben den Aufrufen und dem offenen Brief gingen aus dem Kontext der Initiative zahlreiche Buchveröffentlichungen hervor, etwa jene von Gerd Koenen,¹⁹⁸ Winfried Wolf¹⁹⁹ und Werner Mackenbach.²⁰⁰ Wichtig waren die Informationsbulletins der lokalen und der zentralen Initiative sowie das *Osteuropa-Info* des SOK, dessen Hefte ausweislich einschlägiger Korrespondenz auf vielen Solidaritätsveranstaltungen als Basislektüre dienten.²⁰¹ Solche Publikationen bestanden zu großen Teilen aus Übersetzungen von *Solidarność*-Dokumenten,²⁰² die damit teils erstmals auf Deutsch

¹⁹⁸ Gerd Koenen/Krisztina Koenen/Hermann Kuhn: Freiheit, Unabhängigkeit und Brot. Zur Geschichte und den Zielen der Arbeiterbewegung in Polen, Frankfurt am Main 1981.

¹⁹⁹ Winfried Wolf/Steffi Engert: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 1, Frankfurt am Main 1981; Winfried Wolf: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 2, Frankfurt am Main 1981; ders.: Polen – Der Winter gehört den Krähen, Frankfurt am Main 1984.

²⁰⁰ Werner Mackenbach (Hg.): Das KOR und der „polnische Sommer“. Analysen, Dokumente, Artikel und Interviews 1976–1981, Hamburg 1982.

²⁰¹ Vgl. etwa HIS-Archiv, Bestand Osteuropa-Komitee, Ordner Post H–J, Paul D. Gawron (Jusos Hannover) an das SOK, 24. 08. 1980; ebd., Johannes Breunig an das SOK, o. Dat. [1982]; ebd., Andreas Berlin an das SOK, 20. 04. 1982;

²⁰² So die Infos der Initiative, das Info des Sozialistischen Osteuropakomitees und monografisch etwa Mackenbach, Das KOR; Barbara Büscher u. a. (Hg.): „*Solidarność*“. Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen 1980 bis 1982, Köln 1983.

erschienen.²⁰³ Daneben kamen häufig Interviews und Beiträge aus dem Kontext der unabhängigen Gewerkschaft zum Abdruck. Erkennbar ging es den Aktivisten um ein hohes Maß an authentischer Information, wobei eine – für Linke nicht ungewöhnliche – Textfixiertheit ins Auge sticht. Kaum überraschend, wurde auch auf die Interpretation und Auslegung der Dokumente beträchtliche Mühe verwendet. Eine gewisse exegetische Attitüde, die zumal dogmatischen Linken ohnehin anhaftete, ist mithin kaum zu übersehen. Die Publikation der Texte entsprang wohl der Überzeugung, den tatsächlichen, vermeintlich sozialistischen Charakter der Solidarność offenlegen zu können, da man sich, im Besitz der Dokumente, gleichsam auch im Besitz der materiellen Wahrheit fühlen konnte. Zweifelhaft erscheinende Symboliken aus dem Solidarność-Alltag, etwa solche nationalen und katholischen Gehalts, konnten damit begründet zur Seite geschoben werden.²⁰⁴

Dass die Herstellung von Publizität für Solidarność, welche in der westdeutschen Presse ja ohnehin präsent war, eines der Hauptziele der Initiative darstellte, lässt sich generell nur aus der Meinung der Aktivisten verstehen, die Anliegen der unabhängigen Gewerkschaft würden weithin verzerrt dargestellt und wahrgenommen. So ging es dem Westberliner Komitee angesichts der „offiziellen westlichen und sowjetischen Propaganda“ darum, „die westliche Öffentlichkeit über die wirklichen Diskussionen und Absichten der Mitglieder von ‚Solidarność‘ und der anderen gesellschaftlichen Bewegungen in Polen zu informieren“. Mit seiner Informationsarbeit zielte das Komitee insbesondere auf das linke Spektrum: „Dabei ist eines unserer Ziele, die Diskussion innerhalb der linken und fortschrittlichen Bewegung in Westberlin voranzubringen. Wir selbst können von der Arbeiterbewegung und demokratischen Bewegung in Polen lernen.“²⁰⁵ Paradoxerweise gab somit gerade die Veröffentlichung authentischer Zeugnisse manch eklatanter Fehldeutung Nahrung. Dennoch muss betont werden, dass die dokumentarischen

²⁰³ APO-Archiv, S 975, Aufruf „Solidarität mit Solidarność“ (Version schwarz-weiß, vermutlich Ende 1980 oder Anfang 1981), S. 4: „viele zum ersten Mal in deutscher Sprache“.

²⁰⁴ Solidarność-Unterstützer argumentierten immer wieder, die große Bedeutung von Nationalismus und Katholizismus in Polen dürfe nicht zum Hindernis für die Solidaritätsarbeit werden. So erklärte Jiří Pelikán, wenn bei Solidarność statt der roten in die Nationalflagge und statt der Internationale die Nationalhymne gesungen werde, sei dies lediglich „Kennzeichen der moralischen und politischen Autorität, die die katholische Kirche heute in Polen hat“ (Jiří Pelikán: Lehren aus dem „polnischen Sommer“, in: L’80 [Dezember 1980], Nr. 16, S. 5–21, hier S. 5). „In El Salvador und Nicaragua schreit keiner auf, ein Romero oder ein Cardenal finden Gefallen – aber bei einem unentwegten Verbrechen, von Beirut bis Gomulka und Gierek, im Namen des Sozialismus, den es gar nicht gibt – warum soll nicht auch hier der Katholizismus eine moralische Kraft sein“, fragte ein anderer Aktivist (Detlef Claussen: Der real nicht existierende Sozialismus und die weinenden Krokodile, in: links 14 [1982], Nr. 143, S. 25 f., hier S. 26). Inwieweit es den Unterstützern mit solchen Argumenten gelang, verbreitete Vorbehalte abzubauen, bleibt allerdings fraglich. So findet sich häufig die Klage, „daß sich die Linken immer noch leichter mit einem aufgeklärten Bürokratismus à la Rakowski identifizieren als sich auf die Seite rebellierender katholischer Arbeiter zu stellen“. (Winfried Thaa: Zornige Anmerkungen zur Polen-Solidarität, in: links 14 [1982], Nr. 144, S. 17).

²⁰⁵ APO-Archiv, S 975, Gründungserklärung des Westberliner Komitees „Solidarität mit Solidarność“, dat. 02. 04. 1981, S. 1.

Aktivitäten durchaus ihren Wert hatten, griffen doch selbst die Wissenschaftler des BIOst auf Publikationen aus dem Kontext der Initiative zurück.²⁰⁶

Als Mittel der Authentizitätssteigerung sind auch die zahlreichen Reiseberichte zu sehen, die im Umfeld von *Solidarität mit Solidarność* erschienen. Schon der Broschüre, in der ab Frühjahr 1981 der initiale Aufruf Brandts und Monetas weiterverbreitet wurde, waren mehrere Reiseberichte beigegeben.²⁰⁷ Auch in der *Kommunistischen Volkszeitung*, Zentralorgan des KBW, finden sich mehrere Reiseberichte.²⁰⁸ Zudem stützten sich diverse Buchautoren aus dem Kreis der Initiative, wie Gerd Koenen und Winfried Wolf, auf eigene Reiseerfahrungen oder verwiesen zumindest auf enge Kontakte zu zahlreichen Polen-Besuchern.²⁰⁹ Der Anspruch der Authentizität zeigt sich auch daran, dass die Verfasser teils detailliert über die Perzeptionsbedingungen berichteten, denen sie auf ihren Reisen unterworfen waren. Ein eher untypisches, jedoch umso sprechenderes Beispiel dürfte ein Bochumer Gesamtschullehrer und freier Journalist abgeben, der im Oktober 1980 Polen besucht hatte und dabei unter anderem mit Adam Michnik zusammengetroffen war. Der Autor legte zunächst Rechenschaft über seine Polnisch-Kenntnisse ab, bevor er auf die Motivation für seine Reise zu sprechen kam:

„Ich bin hierhergekommen, um festzustellen, wie die Menschen auf diese veränderte Situation reagieren, aber ich habe die Absicht, mehr zu sein als der linke Voyer, der aus einem Land kommt, in dem sich seit zehn Jahren nicht viel bewegt hat, ‚Revolutions-Tourist‘, wenn auch etwas origineller, disemal [sic] nicht der Sonne folgend Richtung Kuba, Portugal, oder Nicaragua, sondern nach Osteuropa.“²¹⁰

Die Gefahr von Fehlperzeptionen und Stilisierungen scheint den Sympathisanten von *Solidarność* mithin präsent gewesen sein. Doch dominierte offenbar das Bewusstsein, die Realität selbst weitaus besser zu erfassen, als andere dies taten. So hieß es in dem zitierten Reisebericht zur sensiblen Frage des kirchlichen Einflusses auf *Solidarność*: „Die Linke im Westen ist hier allzuschnell mit ungeprüften Eti-

²⁰⁶ Vgl. als Beispiel Georg W. Strobel: NSZZ „Solidarność“. Beitrag zur Analyse der Organisation und politischen Wirkung einer sozialen Sammlungsbewegung, in: Dieter Bingen (Hg.): Polen 1980–1984, Baden-Baden 1985, S. 47–100, hier S. 51, Anm. 5.

²⁰⁷ Vgl. Bartelheimer (Hg.): Gewerkschafter fordern, darin: Reisebericht aus Wrocław (Breslau) und Katowice und Reisebericht des IMB (S. 9–16); CFDT-Delegation in Polen und Gewerkschafter aus Schweden, Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik im Stahlwerk Huta Warszawa (S. 17–21).

²⁰⁸ Vgl. krk.: Die Macht der „Solidarität“. Bericht über eine Reise nach Polen – Erster Teil, in: KVZ vom 19. 01. 1981, S. 3; krk.: „Eine richtige Revolution muß her“. Bericht über eine Reise in Polen II, in: KVZ vom 26. 01. 1981, S. 3; Gerd Koenen: Eindrücke und Gespräche. Poznań, Warschau im Juni, in: KVZ vom 10. 01. 1981, S. 3.

²⁰⁹ So Winfried Wolf: Vorwort, in: ders./Steffi Engert: Polen – der lange Sommer der Solidarität, Bd. 1, Frankfurt am Main 1981, S. 5–8, hier S. 7.

²¹⁰ Diethelm Blecking: „In Polen hat Marx über Lenin gesiegt“. Eine Reise nach Poznań, Warszawa und Wrocław im Oktober 1980, in: Tita Gaehme (Hg.): Aber eines Tages war das nicht mehr so, Polen 1980. Vorwort von Lech Wałęsa, Köln 1981, S. 70–82. Zu revolutionären Reisen nach Mittelamerika vgl. zuletzt Christian Helm: Botschafter der Revolution. Das transnationale Kommunikationsnetzwerk zwischen der Frente Sandinista de Liberación Nacional und der bundesdeutschen Nicaragua-Solidarität, Berlin 2018.

ketten zur Hand“. Der Autor nahm sich hiervon anscheinend aus, gerade wenn er den Katholizismus als nachrangig einstufte.²¹¹ Für die Elastizität des Authentizitätsideals im Kreise der Aktivisten spricht schließlich das Geständnis Winfried Wolfs in seinem Buch *Der lange Sommer der Solidarität*, es handle sich bei ihm und seiner Mitautorin um „Zaungäste – wenn auch engagierte und begeisterte – des revolutionären Geschehens in Polen“, die sich allerdings keineswegs „nur ‚von außen‘ an das revolutionäre Polen herangetastet“ hätten. Vielmehr betonte Wolf, beide seien „seit dem Sommer 1980/81 in praktischer Solidaritätsarbeit mit Solidarnosc engagiert“ und verfügten über Kontakte zu zahlreichen Journalisten und Gewerkschaftern, die „in Polen und bei Solidarnosc weilten“. ²¹² Fehlende eigene Reiseeindrücke konnten durch aufrichtiges Interesse und gute Vernetzung, wofür die Mitarbeit in der Solidarność-Hilfe als Beweis genügte, offensichtlich wettgemacht werden.

Dass selbst der Abdruck von Interviews und Originalbeiträgen aus dem Kreise der Solidarność nicht gegen Fehlperzeptionen feien musste, verdeutlicht das seltene Beispiel eines Textes, der – gleichsam in umgekehrter Richtung – die Kommunikationsbedingungen polnischer Dissidenten auf westlichen Bühnen diskutierte. An dem Artikel lassen sich die Regeln, denen das Erwartungsmanagement bezogen auf Solidarność unterlag, besonders gut ablesen. Dass die polnische Gewerkschaftsbewegung *realiter* weder rechts noch links sei, sondern dafür kämpfe, dass es in Polen überhaupt rechts und links geben könne, sei nur „schwer verständlich und noch weniger akzeptabel für einen Beobachter aus dem Westen, vor allem wenn er sich zur Linken zählt“, analysierte darin der spätere Berater Tadeusz Mazowiecki, Konstanty Gebert.²¹³ Der Umstand, dass Solidarność nicht in das Rechts-Links-Schema passe, gelte vielen als Maskerade einer tatsächlich rechten Organisation, die aber als Arbeitervertretung *per definitionem* links sein müsse. Dieser Widerspruch habe zwar manche im Westen veranlasst, „die Kriterien der eigenen politischen Analyse zu überprüfen; für die anderen – bei Gott die größere Zahl – bildete diese Tatsache einen ständigen Quell der Tradition“, so Geberts Einschätzung. Mit dieser Lage müsse man sich in Polen arrangieren, da „ein gewichtiger Teil der Hilfe, die aus dem Westen nach Polen geht, von den verschiedenen Organisationen der Linken kommt, hauptsächlich von Gewerkschaftern“. Solidarność sei von der westlichen Linken abhängig, wie diese umgekehrt vom Erfolg der Solidarność. Deshalb sei es erforderlich, so Geberts Schlussfolgerung, „unsere polnische Besonderheit in Kategorien zu übersetzen, die der europäischen Linken verständlich sind“.²¹⁴

²¹¹ Ebd., S. 75.

²¹² Wolf, Vorwort, S. 7.

²¹³ Gebert beriet Mazowiecki nach dessen Ausscheiden aus dem Präsidentenamt. Zur Biografie Geberts vgl. Włodzimierz Domagalski: Konstanty Gebert, http://www.encyklopedia-solidarnosci.pl/wiki/index.php?title=Konstanty_Gebert [15. 12. 2014].

²¹⁴ David Warszawski [d. i. Konstanty Gebert]: Die westliche Linke und wir, in: Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność, Nr. 6/7 (Mai 1983), S. 34 f. (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

Von seinen Mitstreitern forderte der Autor somit nicht weniger, als die eigene Sprache auf die Bedürfnisse der linken Unterstützerszene im Westen abzustimmen, um deren Erwartungen zu stabilisieren und sich damit Sympathien zu sichern. In den Begriffen und Semantiken der westlichen Linken zu reden, erscheint hier als Imperativ transnationaler Kommunikation für eine Organisation, die auf ausländische Hilfe angewiesen war. Ein Befund, der zur Überlegung Robert Briers passt, bereits das frühe, primär französische und italienische Interesse an der polnischen Opposition habe sich nicht zuletzt den Bemühungen Adam Michniks und Jacek Kurońs in den 1970er Jahren verdankt, die Anliegen der östlichen Dissidenz für die westliche Linke verständlich zu machen.²¹⁵ In jedem Fall muss es, als aktives Erwartungsmanagement erscheinen, wenn der Pressereferent der Exil-Solidarność,²¹⁶ Seweryn Blumsztajn, auf einer Solidaritätskundgebung ein Jahr nach Verhängung des Kriegsrechts versicherte, bei der unabhängigen Gewerkschaft habe es sich um „eine linke Bewegung“²¹⁷ gehandelt.

Die Erwartungen, denen die Sympathie westdeutscher Unterstützer für Solidarność entsprang, lassen sich somit kaum bloß auf mutwillige Selbsttäuschung zurückführen, obschon dogmatische Glaubenssätze fraglos eine Rolle spielten (s. u.). Vielmehr existierte unverkennbar das Bemühen, authentische Informationen zu erhalten und zu verbreiten, wenngleich diverse Einschränkungen die angestrebte Authentizität tendenziell zur Fiktion werden ließen. Auch sind solche Restriktionen nicht so sehr in fehlenden Sprachkenntnissen, hinderlichen Transitbestimmungen oder gar in selbstgewählter Blind- und Taubheit zu suchen, sondern weit mehr in Faktoren, die dem Kommunikationssetting kaum hintergebar zugrunde lagen. Trotz allen Einschränkungen decken sich zudem die Erwartungen, die sich im Umkreis der Solidaritätsarbeit finden, in manchen Punkten mit den damaligen Einschätzungen der Wissenschaft, wie sie eingangs dieses Kapitels zitiert wurden. In jedem Fall erscheinen sie als Ergebnis eines aktiven Erwartungsmanagements, bei der die Herstellung von Authentizität eine Strategie bildete, kalkulative und desiderative Erwartungen²¹⁸ zur Deckung zu bringen.

²¹⁵ Robert Brier: Broadening the Cultural History of the Cold War: The Emergence of the Polish Workers' Defense Committee and the Rise of Human Rights, in: *Journal of Cold War Studies* 15 (2013), Nr. 4, S. 104–127, hier S. 111 ff.

²¹⁶ Die *taz* stellte Blumsztajn als „Leiter der Presseagentur von Solidarność in Paris“ vor (*taz* vom 07. 01. 1982), S. 1 (= Ankündigung zum Artikel: [o. V.:] „Verhandlungen mit den Herrschenden wird es nicht mehr geben“. Interview mit Solidarność-Vertreter Blumsztajn, in: *taz* vom 07. 01. 1982, S. 5).

²¹⁷ Seweryn Blumsztajn: Polen, die westliche Linke und die Friedensbewegung, in: *Informationsbulletin Solidarität mit Solidarność*, Nr. 6/7 (Mai 1983), S. 33–35 (überliefert in: FSO, HA-PL: Gp, Solidarität mit Solidarność).

²¹⁸ Von „desiderativen Erwartungen“ spricht der Soziologe Heinrich Popitz, um das von Akteuren Erhoffte, d. h. gewünschte zukünftige Entwicklungen, zu beschreiben (vgl. Heinrich Popitz: Verhaltensorientierung und Verhaltensnormierung, in: ders.: *Soziale Normen*, hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt am Main 2006, S. 76–93, hier S. 81). Kalkulative Erwartung soll demgegenüber im Weiteren solche Entwicklungen bezeichnen, deren Eintreten die Akteure für wahrscheinlich hielten, d. h., mit denen sie rechneten.

3. Erwartungstransformationen: Wege aus dem Maoismus

Inwieweit ein solches Erwartungsmanagement auch Erwartungstransformationen mit sich bringen konnte, soll abschließend der Blick auf einige Maoisten klären, die an der Wende zu den 1980er Jahren der ML-Bewegung den Rücken kehrten. Denn der Erosionsprozess des westdeutschen Maoismus verweist in der Tat auf Konversionsprozesse, die in manchen Fällen – bislang wenig beachtet²¹⁹ – mit einem Engagement für Solidarność ineinandergriffen. Auf Lernprozesse im Übergang von den K-Gruppen zu den jungen Grünen hat Silke Mende hingewiesen, dabei allerdings nur solche Maoisten beleuchtet, die bereits in der Gründungsphase zu der Ökopartei stießen.²²⁰ Im Folgenden sollen vier prominent gewordene Ex-Maoisten beispielhaft betrachtet werden, die *nicht* zu den „Gründungsgrünen“ gehörten. Dabei lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: zum einen Personen, die erst später (sozusagen über Umwege) vom Maoismus zur jungen Partei der Grünen fanden, und zum anderen solche, die ihr politisches Engagement einstellen – zumindest insofern, als sie sich auf journalistische oder wissenschaftliche Arbeiten jenseits einer Parteikarriere verlegten. Die erste Gruppe wird hier vertreten durch den späteren grünen Stadtentwicklungssenator in Bremen, Ralf Fücks, heute Vorsitzender der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung, und die nachmalige Bundestags-Vizepräsidentin der Grünen, Antje Vollmer. Für die zweite Gruppe stehen der bereits mehrfach zitierte Gerd Koenen, Mitglied im Koordinierungsausschuss von *Solidarität mit Solidarność* und heute Autor wissenschaftlicher Bücher zur Geschichte des Kommunismus, und Helga Hirsch, zeitweilige Lebensgefährtin und Beraterin von Joachim Gauck.

Um mit der zweiten Gruppe zu beginnen: Helga Hirsch, Mitglied der 1980 aufgelösten KPD/AO,²²¹ reiste bereits Ende der 1970er Jahre erstmals nach Polen und traf dort mit Vertretern des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) zusammen.²²² Anfang 1979 findet sie sich in der Korrespondenz des Sozialistischen Osteuropakomitees Hamburg, dem sie ein KOR-Dokument zur Publikation eingesandt hatte und nun eine Zusammenarbeit offerierte.²²³ Die Begegnung mit der

²¹⁹ Als überindividuelles Phänomen lediglich – hier jedoch autobiografisch – erwähnt bei Koenen, Die APO, S. 137. Preuß (Umbruch von unten, S. 747, Anm. 135) betrachtet Polen 1980/81 als Konversionserlebnis für zwei der im Folgenden Betrachteten, Helga Hirsch und Gerd Koenen.

²²⁰ Zu Übergängen von den K-Gruppen zur jungen Partei der Grünen vgl. Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 214–240; Andreas Kühn: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005, S. 278 ff.; früh bereits Gerd Langguth: Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983, S. 261–265; aus politikwissenschaftlicher Sicht Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, besonders S. 471–480.

²²¹ Zur Entwicklung der KPD/AO (später KPD) vgl. Langguth, Protestbewegung, S. 80–84.

²²² Vgl. Preuß, Umbruch von unten, S. 747, Anm. 135.

²²³ HIS-Archiv, Bestand Osteuropa-Komitee, Ordner Post H–J, Helga Hirsch an Peter Offenberg, 15.02.1979. Die Beilage ist nicht überliefert.

polnischen Opposition an der Wende zu den 1980er Jahren gilt als Auslöser für ihre Abwendung vom Kommunismus.²²⁴ In den 1990er Jahren teilte sie laut eigener Aussage mit ihrem damaligen Partner Joachim Gauck²²⁵ eine „anti-kommunistisch[e]“ Grundeinstellung.²²⁶ Ihre Texte aus den Jahren nach dem „polnischen Sommer“ zeigen allerdings eine durchaus noch sozialistisch geprägte Semantik. Wenn Hirsch etwa als Herausgeberin deutscher Übersetzungen von Texten Adam Michniks fungierte, würdigte sie zwar dessen Vermittlertätigkeit zwischen linken Dissidenten und Kirche sowie zwischen linken und konservativen Intellektuellen.²²⁷ Doch sah sie Michnik gleichzeitig „stark genug mit dem ursprünglichen kommunistischen Ideal verbunden, um aufgrund der egalitären und internationalistischen Haltung immun gegen autoritäre und nationalistische Auffassungen zu sein“, und „offensichtlich stark genug mit der Tradition von PPS [Sozialistische Partei Polens] und Heimatarmee verbunden, um sensibel für die Unabhängigkeitsproblematik und später für die Rolle der katholischen Kirche zu werden“.²²⁸ Spricht aus solchen Beschreibungen Sympathie für die Lern- und Umorientierungsprozesse Michniks seit den 1970er Jahren, zeigt sich auch eine anhaltende Wertschätzung kommunistischer und sozialistischer Wurzeln. Zu sprechen ist insofern von einer Erwartungstransformation, bei der Momente der Kontinuität gewahrt blieben.

Gerd Koenen wiederum rechnet sich rückblickend mit anderen „ernüchterten Linksradikalen“²²⁹ einer „kleine[n] Gruppen am Rande der GRÜNEN und der sogenannten Friedensbewegung“ zu, „die seit den Streiks in Polen 1980/81 ein gewisses Sensorium für die bevorstehenden Umwälzungen im sowjetischen Machtbereich entwickelten“.²³⁰ Obwohl er Solidarność „in vieler Hinsicht an die früheren Bestrebungen der europäischen Arbeiterbewegung“ anknüpfen und in

²²⁴ So bei Preuß: Umbruch von unten, S. 747, Anm. 135.

²²⁵ Hirsch und Gauck waren in den 1990er Jahren liiert, vgl. etwa [o. V.:] Zwei Jahre Bundespräsident. Die unglückliche Personalauswahl des Joachim Gauck (18. 03. 2014), http://www.focus.de/politik/deutschland/zwei-jahre-bundespraesident-so-schlug-sich-joachim-gauck-bisher-im-hoechsten-amt_id_3697013.html [15. 12. 2014].

²²⁶ Zit. nach Antje Sirleschtov: Portrait Helga Hirsch Journalistin. „Wir waren beide anti-kommunistisch“ (27. 08. 2013), <http://www.tagesspiegel.de/meinung/portraet-helga-hirsch-journalistin-wir-waren-beide-anti-kommunistisch/8696238.html> [15. 12. 2014].

²²⁷ Zum intellektuellen Weg Michniks – in transnationaler Perspektive – vgl. Robert Brier: Adam Michnik's Understanding of Totalitarianism and the West European Left. A Historical and Transnational Approach to Dissident Political Thought, in: East European Politics and Societies 25 (2011), Nr. 2, S. 197–218; zu den Konversionen polnischer Linksoptioneller bis in die 1970er Jahre Agnes Arndt: Rote Bürger. Eine Milieu- und Beziehungsgeschichte linker Dissidenz in Polen (1956–1976), Göttingen 2013 (hier zu Wechselwirkungen zwischen Ost und West insbesondere S. 194 ff.).

²²⁸ Helga Hirsch: Vorwort, in: Adam Michnik: Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, hg. von Helga Hirsch, Hamburg 1985, S. 7–11, hier S. 10 f.

²²⁹ Gerd Koenen: Von 1968 nach 1989 und zurück. Osteuropa und die westdeutsche Neue Linke, in: Osteuropa 58 (2008), Nr. 7, S. 5–16, hier S. 5.

²³⁰ Koenen, Die APO, S. 137.

einer Linie mit der Pariser Kommune von 1871 stehen sah²³¹ – kämpfend um eine, wie Koenen noch retrospektiv betont, „umfassende (fast räteartige) ‚Selbstverwaltung‘ auf allen Gebieten des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens“²³² und nichts weniger anstrebend als eine Rückkehr zum Kapitalismus²³³ –, fällt die Gründung und Niederschlagung der unabhängigen Gewerkschaft bei ihm in die Zeit einer Ablösung vom Maoismus, die Polen im Sommer 1981 zum „Ende einer revolutionären Dienstreise“²³⁴ durch das „rote Jahrzehnt“ der maoistischen K-Gruppen geraten ließ.

Als altgedienter Kader²³⁵ gehörte Koenen in der Erosionsphase des KBW zunächst zu den Befürwortern einer tiefgreifenden Programmrevision. Einen der Hauptstreitpunkte innerhalb der von Spaltung und Mitgliederschwund geplagten Organisation bildete die bei Lenin prominente Formel der „Diktatur des Proletariats“.²³⁶ Koenen machte im November 1981 den Vorschlag, diesen Begriff als Kennzeichen für das Ziel der Revolution, die der KBW zu gegebener Zeit in Deutschland anfachen wollte, „ausdrücklich und ausführlich begründet programmatisch zu verwerfen“.²³⁷ Gleichzeitig sah Koenen das Ziel der Solidarność in einer „friedliche[n] Revolution“, die „nach völliger Beseitigung des ‚alten Systems‘“²³⁸ strebe, eine Konfrontation mit der Sowjetunion jedoch vermeiden wolle. Der Begriff „friedliche Revolution“ steht ebenfalls in deutlichem Kontrast zu marxistisch-leninistischen Dogmen, die am Modell der russischen und chinesischen, gewaltsamen Revolution orientiert (gewesen) waren. Kaum ein Jahr später erklärte Koenen dann sogar seinen Austritt aus dem KBW. Seine tiefe Desillusionierung über die ML-Bewegung (nicht über die polnischen Ereignisse) ist an seiner Austrittserklärung ablesbar, die – wie er selbst bilanziert – vom „Auftauchen aus dieser mythologischen Sonderwelt“²³⁹ der K-Gruppen handelte, von der er sich nun vollkommen entfremdet sah: „Ich weiß nicht, wie es den andern geht – ich jedenfalls fühle mich Lichtjahre, so zwei bis drei Milchstraßen, von diesem schwarzen Loch entfernt; und ob links oder rechts davon, ist mir schnuppe.“²⁴⁰ Dem KBW empfahl Koenen gar, sich aufzulösen. Dies kann als Ausdruck einer radikalen Erwartungs-

²³¹ Gerd Koenen, Einige Anmerkungen zu den Programmthesen von „Solidarność“, in: Bulletin des Westberliner Komitees Solidarität mit Solidarność, S. 2 u. 14, hier S. 2 (überliefert in APO-Archiv, S 975).

²³² So Koenen (Von 1968 nach 1989, S. 5 f.) noch in der Rückschau.

²³³ Koenen, Einige Anmerkungen, S. 2.

²³⁴ Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 13.

²³⁵ Vgl. Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 442 u. passim.

²³⁶ Vgl. Kühn, Stalins Enkel, S. 285; Langguth, Protestbewegung, S. 98.

²³⁷ Gerd Koenen: Die historische Konzeption der „Diktatur des Proletariats“ und ihre heutige Bedeutung. Zur programmatischen Auseinandersetzung im KBW, in: Kommunismus und Klassenkampf 9 (1981), Nr. 29, S. 33–58, hier S. 58 (Hervorhebung im Original).

²³⁸ Koenen, Einige Anmerkungen, S. 14.

²³⁹ Koenen, Das rote Jahrzehnt, S. 16.

²⁴⁰ Gerd Koenen: Über meine Unlust im KBW, in: KVZ 15/1982, S. 4. Die Aussage bezieht sich auf die KBW-Abspaltung BWK als „prinzipienfeste[n] Fortsetzer der Politik des KBW in den Jahren vor 1980“ (ebd.).

transformation verstanden werden, die mit dem Ausstieg aus einer Erwartungsgemeinschaft zugleich auf deren Ende zielte.

Verlegten sich Hirsch und Koenen auf publizistische Tätigkeiten und stellten ihr politisches Engagement zumindest insofern ein, fiel Solidarność bei Ralf Fücks und Antje Vollmer in eine Scharnierzeit auf dem Weg hin zur jungen Partei der Grünen. Vollmer, die wie Hirsch von der maoistischen KPD/AO kam, findet sich im Kontext der Solidaritätsarbeit zwar erst 1983 als Unterzeichnerin des Aufrufs zur Freilassung polnischer Inhaftierter, der wohl die Spitze prominenten Zuspruchs für *Solidarität mit Solidarność* markiert.²⁴¹ Auch zu den Grünen stieß die spätere Bundestags-Vizepräsidentin erst zwei Jahre darauf, avancierte dort jedoch bald zur Fraktionssprecherin und Führungsfigur der „Aufbruch“-Gruppe zwischen den verfeindeten Parteiflügeln. In diesem Kontext ist sie als prominente Verfechterin der Idee von einem „dritten Weg“, deren Aufstieg mit Solidarność in Verbindung gebracht werden kann (s. u.), zu nennen – ebenso wie ihr Mitstreiter in der Aufbruch-Gruppe, Ralf Fücks (s. Kap. III und IV). Letzterer steht beispielhaft für jene Maoisten, die bereits Ende der 1970er Jahre den Weg aus der ML-Bewegung hin zu einer neuen linken Kraft suchten. Anfang der 1980er Jahre war Fücks, wie Koenen vom KBW kommend, Redakteur der *hefte für demokratie und sozialismus*, die von den Komitees für Demokratie und Sozialismus herausgegeben wurden, und einer der Herausgeber der Zeitschrift *Moderne Zeiten*.²⁴²

Dem stark von ehemals dogmatischen Linken geprägten Kreis um die genannten Periodika ging es, wie bald auch innerhalb des KBW selbst (s. o.), um Auswege aus der „Krise der Linken“ nach dem Deutschen Herbst und um eine ideologische Neubestimmung unter Aufgabe bzw. Modifikation leninistischer Glaubenssätze.²⁴³ Dies ist deshalb bemerkenswert, weil sich daran tiefgreifende Erwartungstransformationen ablesen lassen, die wohl auch als Ausdruck jenes Erosionsprozesses zu verstehen sind, den vor allem die westdeutsche ML-Bewegung bereits seit Ende der 1970er Jahre durchlief.²⁴⁴ Dieser Erosionsprozess ist als Teil eines

²⁴¹ APO-Archiv, S 975, Rundbrief von Gerd Koenen, 20. 11. 1982 (Anlage).

²⁴² Zur Biografie von Ralf Fücks vgl. [o. V.:] Fücks, Ralph, [Eintrag] in: Munzinger Online/Personen – Internationales Biographisches Archiv 21/2001 vom 14.05.2001 (ne), ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis Kalenderwoche 09/2013 [29. 09. 2015].

²⁴³ Vgl. Theoretische Neuorientierung innerhalb der dogmatischen Neuen Linken, in: Innere Sicherheit, Nr. 58 vom 31. 07. 1981, S. 4; Langguth, Protestbewegung, S. 124 f. In der [o. V.:] „Präambel“ des ersten Hefts der *Moderne Zeiten* (Nr. 7/81, S. 1–3, hier S. 2) heißt es dazu: „Die Herausgeber dieser Streitschrift kommen aus ganz unterschiedlichen Traditionen: der ‚undogmatischen Linken‘ im Umfeld des Sozialistischen Büros, der SPD, der orthodoxen und weniger orthodoxen ‚ML-Bewegung‘ (KBW und KB) und schließlich aus dem Spektrum der DKP/SEW. Noch vor einem Jahr wäre eine solche Koalition fast undenkbar erschienen. Indessen hat sich gezeigt, daß die Schlußfolgerungen, die wir aus unseren Erfahrungen gezogen haben und die Neuorientierung unseres politischen Denkens und Handelns in die gleiche Richtung zielen.“

²⁴⁴ Vgl. hierzu Andreas Kühn: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 261 ff.; autobiografisch Koenen, Das rote Jahrzehnt.

tiefgreifenden Wandels der westdeutschen Linken insgesamt aufzufassen,²⁴⁵ der wiederum mit jenen „Umbrüchen in die Gegenwart“ zusammenfällt, die Frank Bösch um das Jahr 1979 herum ausgemacht hat.²⁴⁶ Betroffen waren nicht nur Maoisten, sondern auch andere dogmatische und undogmatische Linke. So war, als das Sozialistische Büro 1980 einen „Großen Ratschlag“ Linker unterschiedlicher Provenienz veranstaltete, in der Presse von der „Orientierungslosigkeit der Sozialisten“²⁴⁷ die Rede.

Indes stand bei der „[t]heoretische[n] Neuorientierung innerhalb der dogmatischen Neuen Linken“²⁴⁸ von Anfang an auch die „Diktatur des Proletariats“ auf dem Prüfstand. Die gemeinsame Plattform der Komitees für Demokratie und Sozialismus legte hierzu den neuen Leitgedanken fest: „Die Arbeiterklasse kann ihre Herrschaft nur ausüben durch demokratische Organe der Selbstverwaltung.“ Dieser Grundsatz, auf den sich die erste Konferenz der Komitees 1979 geeinigt hatte, sei „unvereinbar“ wenigstens mit einer „bestimmten Sorte Linksradikalismus, dessen Vorstellung von der Diktatur des Proletariats sich aufs Parteiregiment reduziert und bezüglich der politischen Form gelegentlich ins Faschistische schillert“, so Wilfried Maier für den Arbeitsausschuss der Komitees – in deutlicher Distanzierung von leninistischen Dogmen.²⁴⁹ Noch vor dem „polnischen Sommer“ 1980/81 avancierte somit die Idee der Selbstverwaltung, bald gleichsam als Markenkern der Solidarność geltend, zum Fluchtpunkt der Erwartungstransformationen. Dies verweist auf die lange Tradition dieser Idee im Kontext linker Theorieproduktion. Nicht zwangsläufig an das jugoslawische Modell des „Realsozialismus“ gebunden,²⁵⁰ war sie in der Bundesrepublik primär mit dem linksalternativen Milieu verknüpft, das sich seit den 1970er Jahren an

²⁴⁵ Zu diesem Wandel vgl. insbesondere Michael März: Linker Protest nach dem Deutschen Herbst. Eine Geschichte des linken Spektrums im Schatten des „starken Staates“, 1977–1979, Bielefeld 2012; Mende: Nicht rechts, nicht links, sondern vorn.

²⁴⁶ Vgl. Frank Bösch: Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: ZF 9 (2012), Nr. 1, S. 8–32.

²⁴⁷ Ulrich Völklein: „Großer Ratschlag“, in: Die Zeit vom 04. 07. 1980.

²⁴⁸ Theoretische Neuorientierung innerhalb der dogmatischen Neuen Linken, in: Innere Sicherheit, Nr. 58 vom 31. 07. 1981, S. 4.

²⁴⁹ APO-Archiv, Sign. 462, Wilfried Maier: Vorwort, in: Dokumente der Konferenz über Demokratie und Sozialismus. Mannheim, Ostern 1979, Mannheim 1979, S. 2 f., hier S. 2.

²⁵⁰ Zur jugoslawischen „Arbeiterselbstverwaltung“ vgl. Sabrina P. Remet: Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme, München 2011, S. 261 f.; zeitgenössisch Gudrun Lemän: Arbeiterselbstverwaltung und Gewerkschaften in Jugoslawien, in: APuZ 29–30/1982, S. 27–38. Lemän bemerkte einleitend (S. 27): „Die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung gehört noch immer zu den faszinierendsten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen unserer Zeit. Ihre Ausstrahlung auf die staatssozialistischen Länder ist, wie das polnische Beispiel zeigt, unvermindert stark.“ Zu damaligen Vorstellungen von Selbstverwaltung bei linken Theoretikern vgl. etwa Ernest Mandel (Hg.): Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung, Frankfurt am Main 1971; Murray Bookchin u. a.: Selbstverwaltung. Die Basis einer befreiten Gesellschaft, hrsg. von Wolfgang Fritz Haug, Reutlingen 1981. Vgl. insgesamt aus linker Sicht Theodor Bergmann: Arbeiterselbstverwaltung, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1, Hamburg, 1994, Sp. 486–489.

der präsentistischen Verwirklichung „hierarchiefreier“ und „basisdemokratischer“ Lebens- und Arbeitsweisen versuchte.²⁵¹

Insofern spiegelt die Akzentuierung des Selbstverwaltungsbegriffs durch die Komitees für Demokratie und Sozialismus (und später durch die Grünen, s. o.) auch die Popularität linksalternativer Grundeinstellungen um 1980 wider, auf die Sven Reichardt hingewiesen hat.²⁵² Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass bald auch Ralf Fücks in seinen zahlreichen Artikeln über Polen und die Solidaritätsarbeit insbesondere auf dieses Konzept abhob. Selbstverwaltung rangierte bei ihm als das zentrale Organisations- und Gesellschaftsmodell der *Solidarność*, dessen Implementierung letztlich auf eine „[r]evolutionäre Reform“ hinauslaufen müsse. Eine solche sah Fücks indes nicht als Abkehr vom Sozialismus, sondern als eine „[s]ozialistische Umgestaltung des ‚realen Sozialismus‘“.²⁵³ Als historischen Bezugspunkt nannte er, wie schon Koenen (s. o.), die Pariser Kommune von 1871 – bemerkenswert nicht allein, weil dieses Motiv im Kontext der *Solidarność*-Solidarität wiederholt auftaucht (so auch beim SPD-Linken Iring Fetscher²⁵⁴), sondern mehr noch, weil Karl Marx die Pariser Kommune einmal als Form der „Diktatur des Proletariats“ bezeichnet hatte.²⁵⁵ Vor diesem Hintergrund scheint es, als habe *Solidarność* die Frage nach der praktischen Organisation der Machtausübung der Arbeiterklasse, über die in den Komitees für Demokratie und Sozialismus gestritten wurde, in eigener Weise beantwortet.

Daneben findet sich in Fücks' Polen-Artikeln ein weiterer Begriff, der in seiner späteren Partei, den Grünen, entscheidende Bedeutung gewinnen sollte: eben jener des „dritten Weges“. In den 1970er Jahren in anthroposophisch inspirierten Kreisen, denen Joseph Beuys, Rudi Dutschke und der Soziologe Wilfried Heidt angehörten, in Auseinandersetzung mit Rudolf Steiner, aber auch mit der Erfahrung des Prager Frühlings formuliert, erhielt die – prinzipiell ältere – Idee eines dritten Weges (liegend jenseits von oder zwischen Kapitalismus und Kommunismus²⁵⁶) bald Einzug

²⁵¹ Sven Reichardt (Authentizität und Gemeinschaft, S. 65) akzentuiert die „Aufhebung der Entfremdung in kapitalistischen Arbeitsverhältnissen, die in selbstverwalteten Alternativbetrieben erreicht werden sollte“: Rotationsprinzip, flache Hierarchien und die ‚ganzheitliche‘ Zusammenführung von Hand- und Kopfarbeit sollte moderne Formen der Arbeitsteilung überwinden“. Zur Alternativwirtschaft vgl. ausführlicher ebd., S. 319 ff.; Gisela Notz: Selbstverwaltung und Alternativbewegung der 1960er und 1970er Jahre. Das richtige Leben im falschen?, in: Klaus Kinner (Hg.): Linke zwischen den Orthodoxien. Von Havemann bis Dutschke, Berlin 2011, S. 144–158.

²⁵² Vgl. Reichardt, *Authentizität und Gemeinschaft*, S. 43–45.

²⁵³ Ralf Fücks: Vergesellschaftung, Selbstverwaltung, Pluralismus. Sozialistische Umgestaltung des „realen Sozialismus“, in: *Moderne Zeiten* 11–12/1981, S. 35–40, hier S. 35.

²⁵⁴ Vgl. Iring Fetscher: Protest zwischen Moral und Politik, in: Heinrich Böll/Freimut Duve/Klaus Staeck (Hg.): Verantwortlich für Polen?, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 86–91, hier S. 91.

²⁵⁵ Karl Marx: [Rede auf der Feier zum siebenten Jahrestag der Internationalen Arbeiterassoziation am 25. 09. 1871 in London (Aufzeichnung eines Korrespondenten)], in: MEW, Bd. 17, Berlin 1979, S. 432 f., hier S. 433.

²⁵⁶ Nicht gleichzusetzen mit anderen als „dritter Weg“ titulierten Positionen, etwa in der nationalen Frage (zu diesen vgl. Dong-Ki Lee: *Option oder Illusion? Die Idee einer nationalen Konföderation im geteilten Deutschland 1949–1990*, Berlin 2010, besonders S. 194 ff.), auch wenn es hier im Kontext der Grünen Berührungspunkte gab (vgl. Wick, *Die Mauer muss weg*, S. 93 ff.).

in die sich formierende Partei der Grünen, wo sie sich als anschlussfähig auch für ehemalige undogmatische Linke und Konservative erwies.²⁵⁷ Das Beispiel Fücks' weist allerdings darauf hin, dass parallel auch bei ehemals dogmatischen Linken eine Hinwendung zur Idee des dritten Weges stattfand: Nach dem ersten landesweiten Kongress der Solidarność, kurz vor Verhängung des Kriegsrechts, begeisterte sich Fücks in den *Modernen Zeiten* über die „Revolution“, die er in den Forderungen der Gewerkschaft erblickte, da diese „in der Summe auf eine vollständig andere Gesellschaft“ hinausliefen. Zwar bezeichnete er die Orientierung der Solidarność auf Marktstrukturen als einen Fehler, denn „die ‚Vernetzung‘ der Gesellschaft über den Markt [führt] in die Sackgasse, sie schließt in der Konsequenz die von SOLIDARNOSC verfochtene umfassende Selbstverwaltung und Vergesellschaftung aus“. Doch insgesamt kam Fücks zu der Auffassung, „nirgendwo sonst in Europa“ werde derzeit „so effektiv an der Aufweichung der Blöcke[,] an einem 3. Weg jenseits von Kapitalismus und irrealem Sozialismus gearbeitet“. Das Schicksal der Solidarność betrachtete er deshalb auch als Schicksal der westlichen Linken: „Ein Ende des polnischen Sommers gleich dem Prager Frühling oder dem ungarischen Oktober wäre nicht nur für Polen eine Katastrophe. Deshalb: Solidarität mit SOLIDARNOSC!“²⁵⁸ Fücks bekannte sich somit emphatisch zu jener Erwartungsgemeinschaft, die eine Fortsetzung des „polnischen Experiments“ schon um der eigenen, linken Perspektiven im Westen wünschte.

Dass Fücks die Suche nach einer Alternative zu Kapitalismus wie „irrealem Sozialismus“ mit einer „Aufweichung der Blöcke“ verknüpfte, verweist auf die Nähe, die die Idee des „dritten Weges“ zu früheren maoistischen Dogmen besaß. Hatte die ML-Bewegung stets NATO wie Warschauer Pakt abgelehnt,²⁵⁹ fanden Ex-Maoisten wie Fücks und Vollmer wohl umso leichter zu den Grünen, als deren Pazifismus ebenfalls in der Forderung nach einem „blockfreien Europa“ kulminierte (s. o.). Wie der Blick auf die Solidarność-Perzeption zeigt, bildete der Wunsch, beide Bündnissysteme aufzulösen oder wenigstens aus Europa zu verbannen, eine – bislang unterbelichtete – Brücke auf dem Weg von den K-Gruppen zur jungen Partei der Grünen. Der Erwartungshorizont eines dritten Weges als Alternative zur Systemkonkurrenz scheint auch aus diesem Umstand seine Anschlussfähigkeit bezogen zu haben. Sie signalisiert insofern nicht nur eine neue Allianz von undogmatischen Linken und Wertkonservativen bei den Grünen,²⁶⁰

²⁵⁷ Vgl. Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 141 ff.

²⁵⁸ Fücks, Vergesellschaftung, S. 40.

²⁵⁹ Vgl. etwa Elisabeth Weber: Blockfreiheit, Neutralität und einige Thesen zur gegenwärtigen Diskussion in der westdeutschen Friedensbewegung, in: Kommunismus und Klassenkampf 9 (1981), Nr. 12, S. 44–64, hier S. 64: „Innerhalb der Friedensbewegung scheint es mir außerordentlich wichtig, Überreste des Blockdenkens zu überwinden, wie sie sich meiner Meinung nach in der Vorstellung von good-will-Aktivitäten gegenüber der Sowjetunion zeigen[,] und stattdessen dafür einzutreten, daß die Friedensbewegung das Starren auf den ‚Ost-West-Konflikt‘ überwindet, mit der Blockpolitik als per se undemokratisch und hegemonistisch abrechnet und die konkreten Forderungen der blockfreien und neutralen Staaten Europas unterstützt.“

²⁶⁰ Vgl. Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn, S. 166 f.

sondern steht auch für *einen* der diversen Wege aus dem Maoismus – der jedoch Anfang der 1980er Jahre noch keine Abkehr vom Sozialismus meinte. Dass der gleichwohl erkennbare Konversionsprozess (wie das Beispiel Fücks' zeigt) mit der Erfahrung des „polnischen Sommers“ zusammenfiel, wenn nicht zusammenhing, verweist auf die Bedeutung der *Solidarność* für die Erwartungstransformationen bei westdeutschen Linken, die sich an der Wende zu den 1980er Jahren abspielten.

4. Zwischenfazit

Die Initiative *Solidarität mit Solidarność* kann als Teil eines Netzwerks betrachtet werden, das innerhalb der Bundesrepublik, aber auch über Landesgrenzen hinweg Aktivisten unterschiedlicher Provenienz zusammenführte. An ihr Beteiligte setzten sich primär aus undogmatischen Linken, Trotskisten, Maoisten und Grünen zusammen. Involviert waren aber auch prominente SPD-Linke sowie (wenigstens punktuell) Jusos, die DGB-Jugend und einige Ex-Spontis. Als organisatorische Hauptsäulen von *Solidarität mit Solidarność* sind das Sozialistische Büro (SB), der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), die Gruppe Internationale Marxisten (GIM), das Sozialistische Osteuropakomitee (SOK) und Teile der jungen Partei Die Grünen anzusehen. Die Schirmherrschaft lag bei namhaften Linken wie Heinz Brandt, Jakob Moneta und Peter von Oertzen aus der älteren Generation, die schon an früheren Solidaritätsaktionen für osteuropäische Dissidenten mitgewirkt hatten. Damit steht die Initiative für die situative Zusammenarbeit von Teilen der „alten“ und der „Neuen Linken“, die schon den Bahro-Kongress geprägt hatte. Die Aktivitäten reichten vom Appell an den DGB, offizielle Beziehungen zu *Solidarność* aufzunehmen, über Informationsveranstaltungen bis hin zur Erstveröffentlichung von *Solidarność*-Texten in deutscher Übersetzung. Sie umfassten ferner einen offenen Brief an die sowjetische Führung mit der Aufforderung, ihre Interventionsdrohungen gegenüber Polen zu beenden, und später einen Appell an die polnische Führung, alle inhaftierten Dissidenten freizulassen. Zudem wurden Spenden in Höhe von mehreren zehntausend Mark gesammelt und Hilfsgüter, vor allem Druckmaschinen, für die politische Arbeit der Opposition geliefert.

Das Engagement der Aktivisten fußte zum einen auf emotionaler Verbundenheit mit der polnischen Gewerkschaftsbewegung, die die Initiative mittels eines gezielten Emotionsmanagement zu generieren suchte. Dazu existierten diverse Materialien und soziale Praktiken, die der Herstellung einer transnationalen gefühlten Gemeinschaft dienen sollten. Zum anderen stützte sich die Solidaritätsarbeit auf bestimmte Erwartungen, die die Aktivisten untereinander (und scheinbar auch mit den polnischen Gewerkschaftern) teilten. Den gemeinsamen Erwartungshorizont bezeichnet der integrative Leitbegriff der Initiative: „sozialistische Demokratie“. Den Aktivisten diente er zur Distanzierung sowohl von der orthodoxen DKP, die *Solidarność* als „konterrevolutionär“ verurteilte, als auch von konservativen Politikern, denen man das Recht absprach, sich hinter *Solidarność* zu stellen. Der Begriff signalisierte zudem Distanz sowohl zu den Regimes des sowje-

tischen Machtbereichs als auch von der – als kapitalistisch verstandenen – Gesellschaft der Bundesrepublik. Teilweise finden sich sogar explizit marxistische Deutungen der unabhängigen polnischen Gewerkschaft, etwa bei Troztkisten wie Winfried Wolf, bei Maoisten wie Gerd Koenen, aber auch bei SPD-Linken wie Iring Fetscher. Markierte das Auftreten der Solidarność also durchaus etwas Neues, konnte die unabhängige Gewerkschaftsbewegung durchaus mit präexistenten Erwartungen westdeutscher Linker in Einklang gebracht werden. Dies ist als Ausdruck eines Erwartungsmanagements zu deuten, mit dem kalkulative und desiderative Erwartung zur Deckung zu bringen waren.

Gleichzeitig jedoch ist das Auftreten der Solidarność auch mit Erwartungs transformationen zu verbinden. So lösten sich, wenn nicht in direktem Zusammenhang, so zumindest in etwa zeitgleich mit ihrem Engagement für Solidarność, Maoisten vom Leninismus,²⁶¹ insbesondere vom Begriff der „Diktatur des Proletariats“. Sie verlegten sich auf wissenschaftliche bzw. journalistische Tätigkeiten (Koenen, Hirsch) oder wechselten zu den sich formierenden Grünen (Fücks, Vollmer). Im letzteren Fall bildete die Ablehnung *beider* Militärblöcke, das heißt von NATO wie Warschauer Pakt, gewissermaßen eine Brücke. Denn sie erleichterte nicht nur die Parteinahme für Solidarność, sondern in ihr berührten sich auch frühere maoistische und aktuelle grüne Erwartungshorizonte eines blockfreien Europa. Dazu passte auch die Idee von einem „dritten Weg“ jenseits von Blocklogik und Systemkonkurrenz, die hier für den Abschied von „real existierenden“ Sozialismusmodellen zugunsten einer Alternative zu Kapitalismus wie Kommunismus steht. Ebenfalls neu war die Rede von einer „friedlichen Revolution“, die in deutlichem Kontrast zu Erwartungen an einen gewaltsamen Umsturz nach dem Modell von 1917 und 1949 stand, am Revolutionsbegriff und den an ihn geknüpften Erwartungen jedoch festhielt.

Der Wandel der westdeutschen Linken an der Wende zu den 1980er Jahren, die mit dem Auftreten der Solidarność und den globalen „Umbrüchen in die Gegenwart“ um 1979 zusammenfällt, ist deshalb nicht schon als „Ende der Illusion“²⁶² zu verstehen, wie Jan Eckel aus globalgeschichtlicher Perspektive im Anschluss an Samuel Moyn meint. Zu konstatieren sind vielmehr – neben dem Überdauern alter Erwartungen – *Erwartungstransformationen*, aus denen veränderte und neue Erwartungen hervorgingen. Diese veränderten und neuen Erwartungen blieben zwar aufgrund des Militärputsches in Polen zunächst uneingelöst, erwiesen sich jedoch dank eines Erwartungsmanagements, das die Verantwortung für das Kriebsrecht bei der polnischen Führung verortete, als relativ stabil. Sie konnten deshalb bald unter dem Eindruck Gorbatschows und des Umbruchs in der DDR auf neue Initiativen verlagert werden, wo sie weitere Transformationen erlebten (s. Kap. IV und V).

²⁶¹ Zum Begriff des Leninismus vgl. Karl Schlögel: Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt, München 2017, S. 825–830.

²⁶² Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2015, S. 764 ff., besonders S. 766 f.